

GI Leitsätze

Belehrungspflichten des Notars

Verkaufen mehrere Miteigentümer nach Bruchteilen ein Grundstück nach dem Vertragsinhalt lastenfrei, obwohl auf dem Anteil – nur – eines der Miteigentümer eine Sicherungshypothek zugunsten eines Gläubigers eingetragen ist, so sind grundsätzlich (außer dem Käufer) auch die anderen erschienenen Miteigentümer über die Notwendigkeit der Löschung dieser Belastung zu belehren.

(BGH, Urt. v. 19.12.1991 – IX ZR 8/91)

Haftung des Sequesters / Konkursverwalters / ordnungsgemäße Verwaltung

Der Sequester ist nur berechtigt, die zur Erhaltung der Masse und zur Erreichung des Konkurszweckes notwendigen Maßnahmen zu treffen. Maßstab dafür, welche Handlungen der Sequester im einzelnen vornehmen darf, sind die Erfordernisse einer ordnungsgemäßen Verwaltung.

(OLG München, Urt. v. 20.3.1992 – 21 U 6235/91 – NJW-RR 1992, 1309)

Anwaltshaftung / Prüfung eines Gaststättenübernahmevertrages

Zur Haftung eines Rechtsanwalts, der bei der Überprüfung eines Gaststättenübernahmevertrages nicht erkennt, daß der Übernehmer berechtigt ist, seine darin enthaltene Willenserklärung zur Übernahme von Pflichten aus einem Bierlieferungsvertrag zu widerrufen.

Zur Sittenwidrigkeit einer Verfallklausel in einem Gaststättenübernahmevertrag.

(BGH, Urt. v. 8.10.1992 – IX ZR 98/91)

Rechtsanwalt in den neuen Bundesländern / Postulationsfähigkeit / Angestellter

Ein Rechtsanwalt, der in den neuen Bundesländern als Angestellter in der Kanzlei eines anderen Rechtsanwalts tätig ist, ohne dies durch besondere Vorkehrungen für das rechtsuchende Publikum erkennbar zu machen, unterhält keine Kanzlei in den neuen Bundesländern und ist daher vor den Bezirksgerichten nicht postulationsfähig.

(BGH, Beschl. v. 25.11.1992 – VIII ZB 29/92)

Rechtsberatungsgesetz / Interessenwahrnehmung durch GmbH

Die gebündelte gerichtliche Interessenwahrnehmung von geschädigten Anlegern durch eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist jedenfalls dann nicht rechtsmißbräuchlich, wenn hinreichende Vorkehrungen getroffen werden, um etwaige Kostenerstattungsansprüche von Verfahrens- oder Prozeßgegnern bezahlen zu können.

Für einen Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz gibt es keine konkreten Anhaltspunkte, wenn die Gesellschaft als solche bzw. ihre Geschäftsführer für diese Tätigkeit kein Honorar erhalten.

(OLG Celle, Urt. v. 25.3.1991 – 6 U 41/91 – n. rkr. RPKU 1.213/92)

Steuerberaterhaftung

- Kausalität
- Verjährungsbeginn

(BGH, Urt.v. 3.12.1992 – IX ZR 61/92)

Leitsätze:

1. Sieht sich ein Gesellschafter veranlaßt, wegen der Folgen einer fehlerhaften rechtlichen Beratung aus der Gesellschaft auszuscheiden, können dem Berater auch solche Verbindlichkeiten haftungsrechtlich zuzurechnen sein, die der Mandant in der Abfindungsvereinbarung freiwillig übernimmt.
2. Der in der Verpflichtung zur Erstattung der Steuerschulden eines Dritten liegende Schaden entsteht nicht vor Erlaß des Steuerbescheides. Hat der Geschädigte jedoch darüber hinaus Sicherheit zu leisten, tritt der Schaden regelmäßig bereits mit dem Wirksamwerden der Verpflichtung ein.

Tatbestand:

Der Kläger nimmt den beklagten Steuerberater, der zugleich die Erlaubnis zur Rechtsberatung auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts besitzt, wegen fehlerhafter Beratung im Zusammenhang mit der Gründung und der Erhöhung des Stammkapitals einer GmbH auf Schadenersatz in Anspruch.

Im Jahre 1983 bot der G. K. dem Kläger – seinem damaligen Angestellten – an, aus dem Unternehmen auszuscheiden und die als Teilbetrieb geführte Pyrometer-Abteilung zum Preis von 1 Mio US-Dollar zu übernehmen. Der Kläger wollte von diesem Angebot Gebrauch machen, verfügte jedoch nicht über die finanziellen Mittel, um den Kaufpreis aufzubringen. Auf der Suche nach geeigneten Partnern in Deutschland kam er im Frühjahr 1983 in Kontakt zum Beklagten, der ihm seine Dienste als Berater anbot. Der Kläger beauftragte ihn mit der Wahrnehmung seiner Interessen, erklärte jedoch zugleich, dafür persönlich kein Honorar zahlen zu wollen.

In der Folgezeit brachte der Beklagte den Kläger mit den Mitgliedern einer Familie Sch. zusammen, die am Erwerb einer unternehmerischen Beteiligung interessiert waren. Diese kamen mit dem Kläger überein, die I. P. GmbH (nachfolgend: I.) zu gründen, die den Pyrometer-Teilbetrieb erwerben und weiterführen sollte. Am 1.6.1983 unterzeichnete der Kläger für die beabsichtigte GmbH einen Beratungsvertrag mit dem Beklagten. Die GmbH wurde im Juli 1983 als Bargründung mit einem Stammkapital von 50.000 DM errichtet; eine alsbaldige Kapitalerhöhung auf 1.912.000 DM sollte sich anschließen. Der vom Beklagten aus diesem Grunde gefertigte Entwurf einer Vereinbarung sah vor, daß der Kläger seine Einlage von insgesamt 687.000 DM in Höhe von

375.000 DM bar einzahlen und im übrigen durch sein mit 312.000 DM bewertetes Know-how erbringen sollte. Als der Notar dagegen mit Schreiben vom 27.7.1983 Bedenken äußerte, wurde auf dessen Vorschlag die am 19.8.1983 beurkundete Kapitalerhöhung in der Weise vorgenommen, daß der Kläger einen kurzfristigen Kredit über den Betrag von 312.000 DM aufnahm, diesen an die I. bezahlte und anschließend sofort von ihr als Kaufpreis für das Know-how zurückerhielt.

Im Mai 1984 faßte die Gesellschafterversammlung mit den Stimmen der Mitglieder der Familie Sch. mehrheitlich den Beschluß, die Geschäftsführung der I. anzuweisen, die Summe von 312.000 DM vom Kläger zurückzufordern, weil er insoweit eine verschleierte Sacheinlage geleistet habe. Bald darauf wurde der Kläger als Geschäftsführer abberufen. Die sich daran anschließenden rechtlichen Auseinandersetzungen mündeten in eine schriftliche Vereinbarung vom 6.2.1985. Darin wurde das Kapital der GmbH zu Lasten des Geschäftsanteils des Klägers um 312.000 DM mit dem Ziel der Rückzahlung dieses Betrages an die Gesellschaft herabgesetzt. Die entsprechend hohe Verpflichtung des Klägers, die die Beteiligten übereinstimmend als gegeben ansahen, wurde von Frau Sch. übernommen. Der Kläger schied gegen eine Abfindung von 1,2 Mio DM aus der Gesellschaft aus und verpflichtete sich, der GmbH die Steuern zu erstatten, die daraus entstehen, daß die Finanzbehörde eventuell eine Zahlung oder einen sonstigen von der GmbH dem Kläger gewährten Vorteil als verdeckte Gewinnausschüttung behandelt. Außerdem hatte der Kläger in Höhe des – von einer Treuhandgesellschaft auf 340.156 DM geschätzten – Steuerrisikos eine Bankgarantie zu leisten.

Der Kläger wirft dem Beklagten vor, keinen geeigneten Gestaltungsvorschlag für das beabsichtigte Ziel unterbreitet zu haben, ihm wegen des günstigen Erwerbs des Pyrometer-Betriebs sowie des Einbringens der eigenen Sachkunde eine um 312.000 DM höhere Beteiligung zu sichern. Der Beklagte habe den Fehler der vom Notar angeregten Lösung nicht erkannt. Dadurch habe er den Kläger dem Nachzahlungsanspruch der Gesellschaft ausgesetzt. Weiter bestehe die Gefahr, daß das Finanzamt die Rückzahlung des Betrages von 312.000 DM an ihn als verdeckte Gewinnausschüttung handle. Der Kläger verlangt vom Beklagten daher 14.873,07 DM als Ersatz der bis Januar 1990 entstandenen Aufwendungen für die Bankgarantie sowie der Kosten eines Zweitgutachtens zur Höhe des Steuerrisikos. Außerdem begehrt er festzustellen,

daß der Beklagte ihm den Schaden zu ersetzen hat, der ihm dadurch entsteht, daß der Beklagte ihm zu einer Bareinlage an der I. Elektronik GmbH geraten hat, die zur Zahlung eines von ihm zu übertragenden Know how verwandt werden sollte und wurde, insbesondere dadurch, daß die Finanzverwaltung die Zahlung des Kaufpreises für das von ihm der Firma I. überlassene Know-how als eine verdeckte Gewinnausschüttung qualifiziert.

Dabei hat der Kläger klargelegt, daß er einen über die beschriebenen steuerrechtlichen Nachteile hinausgehenden Schaden nicht geltend macht.

Der Beklagte, der vertragliche Beziehungen zwischen den Parteien, eine eigene Pflichtverletzung sowie einen Schaden des Klägers leugnet, beruft sich auch auf Verjährung und rechnet hilfsweise mit einem Honoraranspruch auf.

Das Landgericht hat den Anträgen des Klägers entsprochen, das Berufungsgericht die Klage abgewiesen. Mit der Revision verfolgt der Kläger seine Ansprüche weiter.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückweisung an die Vorinstanz.

I.

Das Berufungsgericht ist der Ansicht, der Vertrag zwischen der GmbH und dem Beklagten entfalte auch Schutzwirkungen zugunsten des Klägers. Es stimmt dem Landgericht darin zu, daß der Beklagte versäumt habe, auf die in steuerlicher Hinsicht bestehenden Bedenken gegen das Konzept des Notars zur Kapitalerhöhung in der gebotenen Deutlichkeit hinzuweisen. Jedoch sei der geltend gemachte Schaden nicht eine Folge dieses Fehlers. Er beruhe allein auf der Vereinbarung vom 6.2.1985. Für die darin vom Kläger übernommenen Verpflichtungen hafte der Beklagte nicht, weil ihm insoweit kein Beratungsfehler zur Last falle. Der Kläger habe seine Behauptung, der Beklagte habe ihm versichert, die übernommene Verpflichtung bedeute für ihn so gut wie kein Risiko, nicht bewiesen.

II.

Wie die Revision zutreffend rügt, trägt diese Begründung die Klageabweisung nicht.

1. Im Ergebnis zu Recht bejaht das Berufungsgericht eine vertragliche Verpflichtung des Beklagten, den Kläger in den mit der Gründung der GmbH und dem Erwerb der Pyrometer-Abteilung zusammenhängenden rechtlichen und steuerlichen Fragen zu beraten.

Der Beklagte räumt selbst ein, daß er vom Kläger den Auftrag erhalten hatte, den Gesellschaftsvertrag zu entwerfen und ihm darin eine gegenüber den übrigen Gesellschaftern finanziell begünstigte Position zu verschaffen, weil er den Betrieb zu einem Vorzugspreis erwerben konnte und seine berufliche Sachkunde in die Gesellschaft einbrachte. Der Beklagte behauptet lediglich unter Berufung auf die schriftliche Vereinbarung vom 1.6.1983, allein im Namen der Gesellschaft beauftragt worden zu sein. Ob das zutrifft, kann

dahingestellt bleiben. Am 1. 6. 1983 war noch kein GmbH-Vertrag beurkundet. Der Kläger hat den Vertrag als Vertreter ohne Vertretungsmacht im Namen der noch zu gründenden GmbH geschlossen und später als deren Geschäftsführer genehmigt. Zu seinem Vorteil sollte die auf die Vorbereitung der Gründung der GmbH ausgerichtete Tätigkeit des Beklagten hauptsächlich dienen. Der Kläger, dessen persönliche Interessen der Beklagte also wahrzunehmen hatte, war folglich in die Schutzwirkung des Vertrages zwischen der GmbH und dem Beklagten einbezogen (vgl. BGH, Urt. v. 7. 10. 1987 – IVa ZR 67/86, GI 88, 79 = NJW 1988, 556). Auf die Frage, ob neben der GmbH auch der Kläger Vertragspartner des Beklagten geworden ist, kommt es deshalb nicht an.

2. Das Berufungsgericht geht zwar im Ergebnis zu Recht davon aus, daß der Beklagte die ihm gegenüber dem Kläger obliegenden vertraglichen Pflichten verletzt hat. Deren Inhalt und Umfang hat es jedoch nur unzureichend herausgearbeitet und sich schon damit den Weg zu einer rechtsfehlerfreien Beurteilung der Frage verstellt, welcher Schaden dem Verhalten des Beklagten zuzurechnen ist.
 - a) Der Beklagte hatte im Rahmen des ihm erteilten Auftrags neben der steuerlichen vor allem rechtliche Beratung auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts zu erbringen. Hier lag im Jahre 1983 der Schwerpunkt; denn zunächst ging es vorrangig darum, die Gesellschaft zu errichten, den Kläger trotz der Einbringung einer Bareinlage von nur 375.000 DM im Verhältnis zu den übrigen Gesellschaftern so zu stellen, als habe er 687.000 DM eingezahlt, und insgesamt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das erforderliche Kapital zum Erwerb des Pyrometer-Betriebes zur Verfügung stand. Hierbei hatte der Beklagte den Kläger – ebenso wie bei allen damit zusammenhängenden steuerlichen Fragen – umfassend zu beraten und ihm insbesondere **den relativ sichersten Weg** aufzuzeigen sowie ihn möglichst vor Schaden zu bewahren (vgl. BGHZ 89, 178, 181; BGH, Urt. v. 10. 10. 1985 – IX ZR 153/84, GI 44/55 = WM 185, 1475, 1477; v. 31. 10. 1985 – IX ZR 175/84, GI 86, 145 = WM 1986, 199; v. 10. 3. 1988 – IX ZR 194/87, NJW 1988, 2113). Für den rechtlichen wie den steuerlichen Bereich gelten die gleichen Anforderungen an die Sorgfalt des Beraters (Senatsurt. v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91, GI 92, 209 = NJW-RR 1992, 1110, 1112). Auch der Umstand, daß der Beklagte nicht Anwalt, sondern nur Rechtsbeistand ist, hat keinen Einfluß auf Inhalt und Umfang der zu leistenden Beratung (vgl. BGH, Urt. v. 25. 1. 1984 – IVa ZR 81/82, GI 11/84 = WM 1984, 465, 466; v. 2. 4. 1987 – IX ZR 86/86, GI 87, 80 = WM 1987, 725).
 - b) Diesen Verpflichtungen ist der Beklagte in mehrfacher Hinsicht nicht gerecht geworden.

- aa) Die erforderliche Kapitalerhöhung auf 1.912.000 DM hätte bei Beachtung des Wunsches des Klägers, nicht mehr als 375.000 DM bar einzuzahlen, an der Gesellschaft aber beteiligt zu sein, als hätte er 687.000 DM geleistet, in der Weise vorgenommen werden können, daß der Kläger für seinen Anteil den Nennbetrag, die übrigen Gesellschafter für ihre Beteiligung dagegen ein entsprechendes Aufgeld (Agiol), das in der Summe den Betrag von 312.000 DM deckt, zu leisten hatten. Die Kapitalerhöhung hätte in diesem Falle nach der Formel

$$687.000 \text{ DM} : 1.912.000 \text{ DM} = 375.000 \text{ DM} : X$$

nur auf 1.043.668 DM vorgenommen werden dürfen. Die Differenz zu 1.912.000 DM = 868.332 DM hätten die übrigen Gesellschafter als Agio aufbringen müssen. Auf diese Weise hätte der vom Kläger gewünschte Erfolg auch steuerrechtlich unbedenklich bewirkt werden können. Der Beklagte behauptet selbst nicht, daß die übrigen Gesellschafter eine solche Gestaltung des Gesellschaftsvertrages abgelehnt hätten. Er hätte dem Kläger daher diesen Weg als eine empfehlenswerte Möglichkeit zur Erreichung des erstrebten Zieles vorstellen müssen. Das hat er unstreitig versäumt.

- bb) Der von ihm statt dessen unterbreitete Vorschlag, in Höhe von 312.000 DM eine als Know-how gekennzeichnete Sacheinlage (§ 5 Abs. 4 GmbHG) zu leisten, die vorwiegend auf die in dem beabsichtigten Geschäftsbetrieb vorhandene Erfahrung und Sachkunde gestützt wurde, war demgegenüber nicht gleichwertig. Zwar ist es grundsätzlich möglich, eine Sacheinlage in Form der für die Organisation und Führung eines Betriebes erforderlichen besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten einzubringen (vgl. Hachenburg/Ulmer, GmbHG 8. Aufl. § 5 Rdnr. 56). Infolge der Schwierigkeit, die für die Angemessenheit der Bewertung maßgeblichen Kriterien hinreichend darzustellen, bestand bei einer Sachgründung indes die Gefahr, daß das Registergericht die Eintragung der Kapitalerhöhung wegen Überbewertung der Sacheinlage ablehnte (§§ 57 a, 9 c Satz 2 GmbHG). Aus diesen Gründen hat der Notar gegen eine solche Lösung erhebliche Bedenken erhoben. Selbst wenn indessen dieser Weg gangbar gewesen wäre, hätte der Beklagte dem Kläger die oben dargestellte Alternative der Aufgeldvereinbarung wegen der geringeren Risiken empfehlen müssen.
- cc) Die Verwirklichung der Kapitalerhöhung durch Bareinlagen (§ 55 GmbHG) in der Form, wie sie der Notar vorgeschlagen hatte – Einbringung der weiteren 312.000 DM durch den Kläger sowie alsbaldige Rückzahlung dieses Betrages als Kaufpreis für das Know-how – war gesellschaftsrechtlich als Umgehung des Aufrechnungsverbots (§ 19 Abs. 5 GmbHG) zu bewerten. Infolgedessen erfüllte der Kläger seine Pflicht zur Aufbringung des Stammkapitals nicht und sah sich einem begründeten Anspruch der Gesellschaft auf Zahlung von 312.000 DM ausgesetzt (vgl. BGHZ 28, 314, 319 f;

113, 335, 343; Baumbach/Hueck, GmbHG 15. Aufl. § 5 Rdnr. 19, § 19 Rdnr. 30; Hachenburg/Ulmer a.a.O. § 5 Rdnr. 143 ff, § 19 Rdnr. 90 ff; Scholz/Winter, GmbHG 7. Aufl. § 5 Rdnr. 77).

Gleichzeitig begründete diese Regelung die Gefahr, daß das Finanzamt die Rückzahlung der 312.000 DM als Kaufpreis für das Know-how körperschaftsteuerrechtlich als verdeckte Gewinnausschüttung (§ 8 Abs. 3 Satz 2 KStG) behandelte. Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs ist von einer verdeckten Gewinnausschüttung auszugehen, wenn eine Kapitalgesellschaft ihrem Gesellschafter außerhalb der gesellschaftsrechtlichen Gewinnverteilung einen Vermögensvorteil zuwendet, den sie bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters einem Nichtgesellschafter nicht gewährt hätte (BFH BStBl II 1973, 322; 1975, 366, 367; 1977, 467, 469; 1978, 109, 110; 1982, 631, 632). Die Rückzahlung an den Kläger stellte danach eine verdeckte Gewinnausschüttung im Sinne dieser Rechtsprechung dar, wenn und soweit die als Know-how bezeichnete Leistung keinen wirtschaftlich angemessenen Gegenwert für die ihm gewährte Vergütung verkörperte und deshalb gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB sowie kraft des Maßgeblichkeitsprinzips auch steuerrechtlich auf den Teilwert abgeschrieben werden mußte. Die Möglichkeit, daß die Finanzbehörde hier eine verdeckte Gewinnausschüttung bejahte, war schon im Hinblick auf die Schwierigkeit, diese Einlage sachgerecht zu bewerten, nicht von der Hand zu weisen.

- c) Der Beklagte hätte den Kläger auf diese Mängel der Vertragsgestaltung hinweisen und infolgedessen ihm empfehlen müssen, den Vorschlag des Notars abzulehnen. Ob der Beklagte dies getan hat, ist zwischen den Parteien streitig. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs **hat derjenige, der einen Rechtsanwalt wegen Verletzung der vertraglichen Pflichten aus dem Mandatsverhältnis auf Schadenersatz in Anspruch nimmt, auch den Beweis zu führen, daß der Anwalt die gebotene Beratung und Belehrung nicht gegeben hat** (BGH, Urt. v. 16. 10. 1984 – VI ZR 304/82, GI 3/85 = NJW 1985, 264, 265; v. 5. 2. 1987 – IX ZR 65/86, WM 1987, 590, 591 = GI 87, 66 Leitsatz m. Hinweisen; v. 2. 4. 1987 – IX ZR 68/86, GI 87, 80 = WM 1987, 725, 727). Dagegen soll nach der Auffassung des früher für die Steuerberaterhaftung zuständigen IVa-Zivilsenats der Berater beweisen müssen, daß das Beratungsgespräch stattgefunden habe; erst wenn dies feststehe, müsse der Mandant analog § 363 BGB beweisen, daß der Steuerberater den konkret gebotenen Hinweis unterlassen habe (Urt. v. 22. 1. 1986 – IVa ZR 105/84, GI 86, 77 = NJW 1986, 2570; vgl. auch BGHZ 83, 260, 267). Gerade der zur Entscheidung stehende Fall, in dem von derselben Person in engem zeitlichen und sachlichen Zusammenhang sowohl rechtliche als auch steuerliche Beratung zu erbringen war, zeigt, daß bei der Frage der Beweislast für eine Differenzierung zwischen beiden Bereichen kein sachlich einleuchtender Grund ersichtlich ist. Es sricht deshalb viel dafür, die zur

Anwaltshaftung geltenden Grundsätze auf Steuerberatungsverträge zu übertragen; denn der Gläubiger hat regelmäßig die behauptete Vertragsverletzung des aus einem Geschäftsbesorgungsvertrag Dienstverpflichteten zu beweisen. Die Frage bedarf indes keiner abschließenden Entscheidung. Unabhängig davon, welcher Auffassung man folgt, ist hier davon auszugehen, daß der Beklagte die gebotene Belehrung versäumt hat.

Der Vorschlag des Notars ist dem Beklagten am 29.7.1983 zugegangen. Bereits mit Schreiben v. 9.8.1983 hat er dem Notar geantwortet, das Know-how solle in der aufgezeigten Weise käuflich erworben werden. Der Kläger hat substantiiert vorgetragen, er habe in dieser Zeit und darüber hinaus bis zur Protokollierung der Kapitalerhöhung infolge Ortsabwesenheit kein Gespräch mit dem Beklagten geführt und auch kein die rechtliche und steuerliche Problematik behandelndes Schreiben erhalten. Demgegenüber stellte die nicht näher konkretisierte Behauptung des Beklagten, den Kläger mehrfach vor den mit dem Vorschlag des Notars verbundenen Gefahren gewarnt zu haben, kein **substantiiertes Bestreiten** dar (§ 138 Abs. 3 ZPO). **Der Beklagte hätte dazu vielmehr im einzelnen den Gang der angeblichen Besprechung schildern und die Belehrungen und Ratschläge beschreiben müssen, die er erteilt haben will.** Abgesehen davon hätte er selbst durch eine umfassende Erläuterung der mit dem Konzept des Notars verbundenen Nachteile seiner Beratungspflicht nicht vollständig genügt, weil er dem Kläger darüber hinaus die gesellschaftsrechtlich und steuerrechtlich unbedenkliche Alternative hätte aufzeigen müssen.

3. Die Meinung des Berufungsgerichts, die dem Beklagten zur Last fallende Vertragsverletzung sei für den geltend gemachten Schaden nicht ursächlich geworden, ist rechtlich nicht haltbar.
 - a) Daß der Kläger sich in der Vereinbarung vom 6. 2. 1985 verpflichtet hat, die Gesellschaft von einem durch die Rückzahlung eines Teils der Stammeinlage in Zukunft eventuell entstehenden Steuerschaden freizustellen und insoweit Sicherheit zu leisten, ist eine adäquat kausale Folge der Beratungsfehler des Beklagten. Es mußte damit gerechnet werden, daß die übrigen Gesellschafter Kenntnis von der oben 2 b cc dargestellten Rechtslage erhielten und wegen der sie gemäß § 24 GmbHG möglicherweise treffenden Ausfallhaftung die Gesellschaft veranlaßten, vom Kläger erneute Einzahlung von 312.000 DM zu fordern. Da die vom Kläger erstrebten wirtschaftlichen Vorteile infolgedessen zu scheitern drohten, waren rechtliche Auseinandersetzungen vorprogrammiert. Deren Beendigung durch eine Vereinbarung, die zum Ausscheiden des Klägers aus der Gesellschaft führte, war schon deshalb nicht fernliegend, weil der Kläger von Anfang an entscheidend Wert darauf gelegt hatte, aus der von seinem früheren Arbeitgeber erhaltenen Abfindung nicht mehr als 375.000 DM bar in die GmbH einbringen zu müssen und deshalb die Zahlung weiterer 312.000 DM ablehnte.

b) Das Oberlandesgericht sieht die dargestellten Beratungsfehler des Beklagten für die vom Kläger übernommene Erstattungsverpflichtung und deren finanzielle Folgen offenbar deshalb nicht als ursächlich an, weil sie auf einem eigenen **selbständigen Willensakt** des Klägers beruhen. Dabei wird **verkannt, daß eine für den Schaden mitursächliche willentliche Handlung des Verletzten es nicht ohne weiteres ausschließt, den Schaden demjenigen zuzurechnen, der der schädigende Kausalkette in Gang gesetzt hat. Bestand für die Zweithandlung des Geschädigten ein rechtfertigender Anlaß oder wurde sie durch das haftungsbegründende Ereignis herausgefordert, erweist sich die Reaktion auch nicht als ungewöhnlich oder gänzlich unangemessen, so bleibt der Zurechnungszusammenhang mit dem Verhalten des Schädigers bestehen** (BGH, Urt.v. 14. 3. 1985 – IX ZR 26/84, NJW 1986, 1329, 1331 = GI 18/85; v. 29. 10. 1987 – IX ZR 181/86, NJW 1988, 1143, 1145; v. 7. 1. 1988 – IX ZR 7/87, NJW 1988, 1262, 1263; v. 21. 1. 1988 – III ZR 157/86, NJW 1988, 1141, 1142). Die Beendigung einer rechtlichen Auseinandersetzung durch Vergleich kann grundsätzlich ein sachgemäßes Verhalten sein, das auf die Zurechnung des Schadens zum haftungsbegründenden Verhalten des Schuldners keinen Einfluß hat (BGH, Urt.v. 19. 5. 1988 – III ZR 32/87, NJW 1989, 99, 100).

Der Kläger hatte dem von der Gesellschaft gegen ihn erhobenen Anspruch auf Einzahlung der erhöhten Stammeinlage rechtlich nichts entgegenzusetzen. Unabhängig davon, ob der Kläger in der Lage gewesen wäre, den Betrag aufzubringen, enthielt seine Weigerung keine ungewöhnliche oder unangemessene Entscheidung; denn bei Gründung der Gesellschaft waren alle Beteiligten darin einig, daß der Kläger nicht mehr als 375.000 DM bar einzahlen, bei Berechnung seines Anteils den anderen Gesellschaftern gegenüber aber einen geldwerten Vorteil von 312.000 DM erhalten sollte. Da die übrigen Gesellschafter nicht bereit waren, den genannten Betrag nunmehr für ihn aufzubringen, konnte der Kläger die Befreiung der ihn treffenden Verpflichtung nur durch umfangreiche rechtliche Auseinandersetzungen mit den Gesellschaftern oder ein eigenes Entgegenkommen erlangen. Die übrigen Gesellschafter erklärten sich in der Vereinbarung vom 6. 2. 1985 bereit, den Kläger im Falle seines Ausscheidens gegen eine Abfindung so zu behandeln, als habe die GmbH von ihm ein verwertbares Know-how für 312.000 DM erworben. Der Kläger hatte sich demgegenüber auf Verlangen der Gesellschafter zu verpflichten, der GmbH die Steuern zu ersetzen, die ihr durch den Verkauf des Know-how eventuell entstanden; denn es ließ sich nicht sicher ausschließen, daß das zivilrechtlich entsprechend § 27 Abs. 3 Satz 1 AktG unwirksame Rechtsgeschäft steuerrechtlich nachteilige Wirkungen auslöste. Der Beklagte hat nicht behauptet, eine ansonsten inhaltsgleiche Vereinbarung wäre auch ohne die Bereitschaft zur Übernahme dieses Risikos zustande gekommen. Wenn der Kläger sich in einer solchen Situation dazu entschlossen hat, die in der Urkunde vom 6. 2. 1985 niedergelegte Regelung mit den übrigen Gesellschaftern zu vereinbaren, so beruht das auf einer vertretbaren Entschließung, die nicht aus

dem Rahmen des Üblichen fällt. Infolgedessen haftet der Beklagte auch für den Schaden, der dem Kläger durch die Übernahme dieser Verpflichtung in der Vereinbarung vom 6. 2. 1985 schon entstanden ist und in Zukunft noch entsteht.

4. Durch die Kosten für die Hingabe der Bankgarantie ist dem Kläger ein Schaden entstanden, der teils im bezifferten Antrag enthalten ist, teils mit dem Feststellungsantrag geltend gemacht wird. Zwar wendet der Beklagte ein, dem Kläger sei infolge der Abfindung ein wesentlich höherer Vorteil zugeflossen. Der Kläger behauptet jedoch substantiiert, er hätte sich finanziell weitaus besser gestanden, wenn er bei fachgerechter Beratung des Beklagten in der Gesellschaft verblieben wäre. Tatsächliche Feststellungen dafür hat das Berufungsgericht nicht getroffen. Für die Revision ist daher schon aus diesem Grunde davon auszugehen, daß der Kläger im Endergebnis wirtschaftlich geschädigt ist.

III.

Das angefochtene Urteil ist nicht aus anderen Gründen im Ergebnis richtig; denn die erhobenen Ansprüche sind nicht nach **§§ 51 BRAO, 68 StBerG verjährt**.

1. Die Verjährung beginnt nach diesen Vorschriften mit der Entstehung des Schadens. Diese Voraussetzung ist gegeben, **wenn der Schaden wenigstens dem Grunde nach erwachsen, eine materielle Verschlechterung der Vermögenslage oder ein endgültiger Teilschaden eingetreten ist und bei verständlicher Würdigung mit weiteren bisher noch nicht erkennbaren, adäquat verursachten Nachteilen gerechnet werden kann** (vgl. BGHZ 100, 228, 231 f.; 114, 150, 152 = GI 91, 17; Senatsurt. v. 2. 6. 1992 – IX ZR 268/91, GI 92, 311 = NJW 1992, 2766, 2767). **Ist dagegen noch offen, ob pflichtwidriges, ein Risiko begründendes Verhalten zu einem Schaden führt, ist ein Ersatzanspruch noch nicht entstanden und die Verjährungsfrist folglich noch nicht in Lauf gesetzt** (Senatsurt. v. 9. 7. 1992 – IX ZR 50/91, GI 92, 32 = NJW 1992, 2828, 2829; v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92, z. V. b.; jeweils m.w.N.). Zwar beruht der steuerliche Schaden, um den es geht, gleichzeitig auf einer mangelhaften Rechtsberatung des Beklagten. Dies ist jedoch verjährungsrechtlich unerheblich, weil den Bestimmungen der §§ 51 BRAO, 68 StBerG derselbe Schadenbegriff zugrunde liegt.
2. Der Kläger verlangt den Schaden ersetzt, der ihm durch die steuerlichen Auswirkungen der fehlerhaften Beratung des Beklagten zur Frage der Durchführung der Kapitalerhöhung entstanden ist. Dieser Schaden ist mit Abschluß der Vereinbarung vom 6. 2. 1985 eingetreten.

Ist dem Steuerberater eine fehlerhafte Vertragsgestaltung vorzuwerfen, die sich für den Mandanten indes nur nachteilig auswirkt, wenn ein ihn belastender Steuerbescheid ergeht, entsteht der Schaden frühestens mit dessen Zugang (Senatsurt. v. 2. 7. 1992 – IX ZR 268/91, GI 92, 311 = NJW 1992, 2766, 2767). Im Streitfall hat der Kläger der Gesellschaft eine Steuerschuld lediglich dann zu erstatten, wenn das Finanzamt in einem Steuerbescheid die Vergütung des Know-how mit 312.000 DM als verdeckte Gewinnausschüttung behandelt. Ein solcher Steuerbescheid ist bisher nicht ergangen. Zwar ist nicht der Kläger selbst, sondern die Gesellschaft steuerpflichtig. Da diese von ihm aber erst dann Zahlung verlangen darf, wenn das Finanzamt gegen sie eine entsprechende Steuerschuld festsetzt, trifft den Kläger ohne den Erlaß eines Steuerbescheides keine Verpflichtung zur Erstattung von Steuerschulden.

Ein finanzieller Nachteil des Klägers ist jedoch schon vorher dadurch eingetreten, daß er sich verpflichtet hat, für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtung Sicherheit durch eine Bankgarantie zu leisten, und dafür fortlaufend finanzielle Aufwendungen zu erbringen hat. Dieser Schaden ist mit Wirksamwerden der rechtlichen Verpflichtung zur Sicherheitsleistung am 6. 2. 1985 eingetreten (vgl. Senatsurt. v. 7. 5. 1991 – IX ZR 188/90, GI 91, 223 = WM 1991, 1303, 1305; v. 2. 7. 1992 – IX ZR 268/91, GI 92, 311 = NJW 1992, 2766, 2767). Der Kläger hat vor Ablauf von drei Jahren, am 7. 7. 1987, seine Ansprüche rechtshängig gemacht.

3. **Für den Beginn der Verjährungsfrist ist es ohne Bedeutung, daß der Kläger nur den steuerlichen Teil des in Betracht kommenden Schadens geltend macht. Der aus einem bestimmten Verhalten erwachsene Schaden ist als ein Ganzes aufzufassen.** Für dessen Ersatz gilt daher eine einheitliche Verjährungsfrist, soweit schon beim Auftreten des ersten Schadens bei verständiger Würdigung mit weiteren wirtschaftlichen Nachteilen gerechnet werden kann (vgl. BGHZ 50, 21, 24; 100, 228, 231 f.; 114, 150, 153 = GI 91, 171; Senatsurt. v. 9. 7. 1992 – IX ZR 50/91, GI 92, 320 = NJW 1992, 2828, 2829). Danach begänne die Verjährung der hier erhobenen Ansprüche schon dann vor dem 6. 2. 1985, wenn der Kläger bereits früher auf anderem Gebiet – insbesondere in seiner Stellung als Gesellschafter – geschädigt worden wäre. Ein solcher Schaden ist entstanden, sobald sich die Vermögenslage des Betroffenen im Vergleich zum früheren Stand verschlechtert hat (BGHZ 94, 380, 385 = GI 32/85; BGH, Urt. v. 10. 10. 1978 – VI ZR 115/77, NJW 1979, 264; v. 21. 12. 1989 – IX ZR 234/88, BGHR BRAO § 51 Anspruchsentstehung 1; v. 9. 7. 1992 – IX ZR 50/91 a.a.O.). Geht es – wie im Streitfall – allein um das Entstehen und die Verjährung eines Anspruchs auf Ausgleich einer allgemeinen Vermögenseinbuße, so ist ein solcher Schaden regelmäßig zu verneinen, solange sich die durch die Pflichtwidrigkeit verursachte risikobehaftete Lage des Betroffenen noch nicht rechtlich verfestigt hat (Senatsurt. v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92, z.V. b).

Die fehlerhafte Rechtsberatung des Beklagten hatte sich für den Kläger bereits im September 1983 insofern ungünstig ausgewirkt, als die Zahlung der Einlage von 312.000 DM an die GmbH wegen der verabredeten Rückgewähr an den Kläger gemäß § 19 Abs. 5 GmbHG keine schuldbefreiende Wirkung hatte, der Anspruch der GmbH also fortbestand. Ob dadurch schon das Vermögen des Klägers gemindert war, erscheint gleichwohl zweifelhaft; denn unstreitig hatten sich die übrigen Gesellschafter vor dem Beschluß über die Kapitalerhöhung damit einverstanden erklärt, daß dem Kläger infolge des günstigen Kaufpreises für den Pyrometer-Betrieb und des Einsatzes seiner beruflichen Sachkunde bei den Gesellschaftsanteilen letztlich ein Vorteil von 312.000 DM zufließen sollte. Als die Gesellschafter erfahren hatten, daß die vom Notar vorgeschlagene rechtliche Konstruktion mißlungen war, kamen daher Verhandlungen darüber in Betracht, wie der erstrebte Erfolg auf andere Weise erreicht werden konnte. Die vom Kläger mit den übrigen Gesellschaftern geführten Auseinandersetzungen endeten schließlich mit der Vereinbarung vom 6. 2. 1985, die ihn von der Verpflichtung zur Bareinlage befreite und ihm außerhalb des steuerlichen Bereichs nach der Behauptung des Beklagten im Ergebnis keine finanziellen Nachteile brachte.

4. Letztlich kann dahingestellt bleiben, wann der Schaden entstanden ist, weil der Kläger zumindest verlangen kann, so gestellt zu werden, als wäre die Verjährung des Primäranspruchs nicht eingetreten (sogenannter Sekundäranspruch). Nach den insoweit rechtsfehlerfreien Feststellungen des Berufungsgerichts hat die steuerliche Beratung des Klägers durch den Beklagten bis zum 6. 2. 1985 fortgedauert. Die infolge der Fehlberatung entstandenen Auseinandersetzungen zwischen den Gesellschaftern hätten den Beklagten veranlassen müssen, auf den Regreßanspruch und dessen kurze Verjährung hinzuweisen. Da als denkbar frühester Zeitpunkt für den Eintritt des Schadens die Rückzahlung der 312.000 DM an den Kläger im August 1983 in Betracht kommt, war jedenfalls die Verjährungsfrist des Sekundäranspruchs bei Klageerhebung noch nicht abgelaufen.

IV.

Die Sache ist daher unter Aufhebung des angefochtenen Urteils an die Vorinstanz zurückzuverweisen (§ 565 Abs. 1 ZPO). Für das weitere Verfahren gibt der Senat folgende Hinweise:

1. Mit der Behauptung, der Schaden des Klägers sei durch die Abfindungszahlung mehr als kompensiert, wendet der Beklagte Vorteilsausgleichung ein, für deren Voraussetzungen ihn die Darlegungs- und Beweislast trifft. Selbst wenn das Berufungsgericht einen solchen Vorteil feststellen sollte, wird zu prüfen sein, ob er auf einer eigenen Leistung des Klägers oder sonstigen Umständen beruht, die dem Schädiger nicht zugute kommen können (vgl. BGHZ 77, 151; Palandt/Heinrichs, BGB 51. Aufl. Rdnr. 127 ff vor § 249).

2. Bei den Feststellungen zur Höhe des bezifferten Schadens wird das Berufungsgericht auch klären müssen, ob es erforderlich war, ein weiteres Privatgutachten zur Höhe des steuerlichen Risikos einzuholen. Dies wird insbesondere dann zu bejahen sein, wenn auf diese Weise eine Herabsetzung der Sicherheitsleistung – und damit eine Verringerung der für die Bankgarantie dem Kläger entstehenden Aufwendungen – bewirkt werden konnte.
3. Der Erfolg des Feststellungsantrags hängt in weitem Umfang davon ab, ob noch befürchtet werden muß, daß das Finanzamt einen der Gesellschaft nachteiligen Bescheid betreffend die verdeckte Gewinnausschüttung erläßt oder eine solche Gefahr nunmehr auszuschließen ist. Die Festsetzungsfrist beträgt grundsätzlich vier Jahre, gerechnet vom Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuererklärung eingereicht wurde (§§ 169 Abs. 2 Nr. 2, 170 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 AO). Der maßgebliche steuerliche Vorgang vollzog sich im Jahr 1983, die Steuererklärung für jenes Jahr wurde 1985 abgegeben. Danach ist die gewöhnliche Festsetzungsfrist Ende 1989 abgelaufen.

Der Kläger macht jedoch geltend, die Festsetzungsfrist betrage hier zehn Jahre, weil die Steuer hinterzogen sei (§ 169 Abs. 2 Satz 2 AO). Gemäß § 370 Abs. 1 Nr. 1 und 2 AO begeht unter anderem Steuerhinterziehung, wer vorsätzlich den Finanzbehörden über steuerlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder die Behörde pflichtwidrig über steuerlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis läßt. Der Feststellungsantrag des Klägers ist bereits dann begründet, wenn der Vorwurf der Steuerhinterziehung gegen die Geschäftsführung der GmbH möglicherweise begründet ist. Ob das Vorbringen des Klägers dazu ausreicht, bedarf der tatrichterlicher Erörterung und Würdigung.

Regreß gegen Rechtsanwalt/Treuhänder

- Verjährungsfrist § 51 BRAO
 - Verjährungsbeginn
 - Sorgfalts-, Anfragepflichten beim Finanzamt
- (BGH, Urt. v. 9.11.1992 – II ZR 141/91)

Leitsätze:

- a) Schadenersatzansprüche, die Kapitalanleger gegen einen Rechtsanwalt aus seiner Tätigkeit als Treuhandgesellschaft einer Publikumsgesellschaft geltend machen, verjähren in drei Jahren (§ 51 BRAO).
- b) Zum Umfang der Sorgfalts- und Aufklärungspflichten, die die für ein angeblich steuersparendes Kapitalanlagenmodell Verantwortlichen im Hinblick auf die zu erwartenden steuerlichen Auswirkungen zu erfüllen haben.

Leitsätze (d.Verf.):

- a) Der Rechtsanwalt/Treuhänder, der sich im Interesse, der Anleger an einem Kapitalanlagemodell beteiligt, hat diese auch in den mit der Beteiligung und deren Verwaltung auftretenden Rechtsfragen zu beraten.
- b) Die Verjährungsfrist des § 51 BRAO gilt auch für Ansprüche, die ihren Grund in einem pflichtwidrigen Verhalten des Rechtsanwalts/Treuhänders bei der Anbahnung des Treuhandverhältnisses haben.
- c) Die Verjährungsfrist beginnt spätestens mit dem Zustandekommen des Beitrittsvertrages.
- d) Eine vorherige Abstimmung des Treuhänders der Gesellschafter mit der Finanzverwaltung über das Kapitalanlagemodell kann nicht erwartet werden. Die zivil- und steuerrechtlichen Aspekte sind so kompliziert, daß von der Finanzverwaltung eine zügige und verbindliche Stellungnahme zur steuerlichen Beurteilung im voraus nur selten erwartet werden kann.

Tatbestand:

Die Beklagten waren Gesellschafter des „Industriepark F. (GbR)“, und zwar der Beklagte zu 1 – neben einer weiteren Person – als „vollhafter Gesellschafter“ und der Beklagte zu 2, der Rechtsanwalt ist, als „Gesellschaftertreuhänder“. Letzterer war durch den Gesellschaftsvertrag ermächtigt, sogenannte „Treuhandgesellschafter“ aufzunehmen. Diese wurden unter Verwendung eines Prospekts geworben. Sie waren nach ihrem Beitritt über den Treuhänder mittelbar – durch einen mit ihm geschlossenen Treuhandvertrag – an der BGB-Gesellschaft beteiligt; ihnen waren durch den Gesellschaftsvertrag teilweise auch unmittelbare Gesellschafterrechte, insbesondere Stimmrechte eingeräumt. Zweck der Gesellschaft war der Erwerb von Gewerbe- und Wohngrundstücken und deren langfristige Vermietung. Bis zum 31. 12. 1986 traten dem Projekt 1082 Anleger mit einer Gesamtzeichnungssumme von rund 15 Mio. DM bei. Der Kläger beteiligte sich daran durch Beitrittserklärung vom 24. 10. 1985, die der Beklagte am 9. 11. 1985 annahm, mit einem in monatlichen Raten von 1.000,- DM zu entrichtenden Zeichnungsbetrag von 100.000,- DM zuzüglich eines Agios von 5.000,- DM. Hierauf zahlte er insgesamt 43.000,- DM. Durch Bescheid vom 6. 6. 1989 lehnte es das zuständige Finanzamt S. ab, für das Anlageprojekt eine einheitliche und gesonderte Feststellung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung durchzuführen. Über den dagegen eingelegten Einspruch ist bisher nicht endgültig entschieden.

Aus den Gründen:**I.**

Das Berufungsgericht hat den Beklagten zu 2 (im folgenden: Beklagter) unter dem Gesichtspunkt des Verschuldens bei Vertragsschluß für Schadenersatz-

pflichtig gehalten, weil er die ihm vor Abschluß des Treuhandvertrags obliegenden, die steuerrechtlichen Auswirkungen betreffenden Beratungs-, Prüfungs- und Aufklärungspflichten verletzt habe. Ob das zutrifft, ist in diesem Zusammenhang nicht zu entscheiden; denn ein daraus folgender Anspruch gegen den Beklagten wäre verjährt.

1. Allerdings kommt im vorliegenden Fall die für Ansprüche aus Prospekthaftung im engeren Sinne geltende, grundsätzlich sechs Monate betragende Verjährungsfrist (vgl. BGHZ 83, 222 ff.) nicht in Betracht; das hat das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt. Der Beklagte war, als eine Aufklärung des Klägers über die steuerrechtlichen Risiken in Betracht kam, dessen zukünftiger Vertragspartner, denn mit ihm sollte der vom Kläger abzuschließende Treuhandvertrag zustande kommen. **Auf ihn richtete sich deshalb, gleichgültig, in welchem Umfang er an den Vertragsverhandlung beteiligt war, in erster Linie das Verhandlungsvertrauen des Beitrittsinteressenten. In einem solchen Fall richtet sich die Verjährung nicht nach den für die Prospekthaftung entwickelten, sondern nach allgemeinen Grundsätzen** (Sen. Urt. v. 1. 10. 1984 – II ZR 158/84, ZIP 1984, 1473, 1774 = WM 1984, 1529).
2. Das führt gleichwohl **nicht**, wie das Berufungsgericht gemeint hat, **zur Anwendung der 30-jährigen Verjährungsfrist** nach § 195 BGB. Die Revision weist zu Recht darauf hin, daß der Beklagte Rechtsanwalt ist. **Ein gegen ihn gerichteter Schadenersatzanspruch aus dem Treuhandvertrag verjährt nach § 51 BRAO in drei Jahren.**

Diese Vorschrift soll den Rechtsanwalt davor bewahren, durch die Folgen berufstypischer Risiken in nicht überschaubarer Weise auf unangemessen lange Zeit wirtschaftlich bedroht zu werden (BGHZ 94, 380, 387 m.w.N. = Gl 32/85). Die Treuhandtätigkeit gehört zum Berufsbild eines Rechtsanwalts; sie ist deshalb auch in § 44 der Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts angesprochen (vgl. Feuerich, BRAO 2. Aufl. § 1 Rdn. 5 und § 3 Rdn. 4; Jessnitzer, BRAO 5. Aufl. § 3 Rdn. 1; Isele, BRAO, 1976, § 1 Anm. II B u C Zuck in: Lingenberg/Hummel/Zuck/Eich, Komm. zu den Grundsätzen des anwaltlichen Standesrechts, 2. Aufl. § 44 Rdn. 6). Freilich setzt die Anwendung des anwaltlichen Berufsrechts und damit des § 51 BRAO auf eine vom Rechtsanwalt ausgeübte Tätigkeit voraus, daß sie auch eine Rechtsberatung zum Gegenstand hat (BGH, Urt. v. 29. 6. 1972 – VII ZR 184/71, LM BRAO § 51 Nr. 1). Das trifft indessen für die treuhänderische Verwaltung von Anlagebeteiligungen zu. Beteiligt sich ein Anleger über einen Treuhänder mittelbar an einem Kapitalanlagemodell, das durch eine besondere zivilrechtliche Gestaltung eine wirtschaftlich und steuerlich günstige Geldanlagemöglichkeit schaffen soll, **so setzt die treuhänderische Verwaltung der Beteiligung nicht nur Kenntnisse des Steuerrechts** (vgl. dazu BGHZ 97, 21, 25), **sondern auch zivilrechtliche Kenntnisse voraus** (vgl. zur Treuhandtätigkeit des Rechtsanwalts bei Bauherrenmodellen Riedel, NJW 1984, 1021). Das ist auch der Grund dafür, warum der Rechtsanwaltsberuf des Beklagten im Prospekt

besonders hervorgehoben worden ist; dort heißt es: „Als Gesellschaftertreuhänder der Immobiliensparer fungiert ein angesehener Rechtsanwalt, dessen Name und Adresse aus standesrechtlichen Gründen nur an bestimmter Stelle genannt werden darf.“ **Der Treuhänder, der sich im Interesse der Anleger an einem Kapitalanlagemodell beteiligt, hat dabei deren Belange wahrzunehmen; dazu gehört auch die Beratung der Anleger in den mit der Beteiligung und deren Verwaltung auftretenden Rechtsfragen** (so zutreffend Riedel a.a.O.; zu Unrecht a.A. Evers, NJW 1983, 1652 f.).

Gebührenrechtlich nimmt allerdings § 1 Abs. 2 BRAGO die Tätigkeit des Rechtsanwalts als Treuhänder ausdrücklich vom Geltungsbereich dieses Gesetzes aus. Das ist indessen für die Anwendung des § 51 BRAO nicht entscheidend; auch andere anwaltliche Tätigkeit kann kraft Vereinbarung nach Grundsätzen außerhalb der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung abgerechnet werden (BGH, Urt.v. 29.6.1972 a.a.O.). Ausschlaggebend ist, daß es sich um eine Tätigkeit handelt, die zum typischen Berufsbild des Rechtsanwalts gehört. Der Bundesgerichtshof wendet aus dem entsprechenden Grund auf Steuerberater die **dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG** und auf Wirtschaftsprüfer die **fünffährige Frist des § 51 a WPO** an (BGHZ 97, 21, 25 = GI 86, 4; BGHZ 100, 132, 134 = GI 87, 8; BGHZ 102, 220, 222 ff.; anders, wenn ein Steuerberater als Initiator oder Prospektverantwortlicher mit den Anlegern in keine vertraglichen Beziehungen tritt, BGHZ 115, 213).

Die für vertragliche Ersatzansprüche geltende Verjährungsfrist des § 51 BRAO gilt auch für Ansprüche, die ihren Grund in einem pflichtwidrigen Verhalten des Rechtsanwalts bei der Anbahnung des Treuhandverhältnisses haben (Feuerich a.a.O. § 51 Rdn. 3 m.w.N.; für den Wirtschaftsprüfer vgl. BGHZ 100, 132, 136 = GI 87, 8). **Die dreijährige Frist begann im vorliegenden Fall spätestens mit dem Zustandekommen des Beitrittsvertrages am 9. 11. 1985 zu laufen.** Sie war damit bei Einreichung der Klage am 27.10.1989 abgelaufen.

II.

Ein Rechtsanwalt, der seinem Mandanten durch falsche Beratung einen Schaden zugefügt hat, ist verpflichtet, ihn darauf hinzuweisen, wenn er dies bemerkt hat oder auch nur begründeten Anlaß hat zu prüfen, ob ein solcher Sachverhalt gegeben sein könnte. Kommt er dem nicht nach, obwohl er auf diese Weise den Eintritt der Verjährung eines sich aus seiner Pflichtverletzung ergebenden Schadenersatzanspruchs und damit des Schadens selbst noch hätte verhindern können, dann muß er aufgrund dieses – neuen – pflichtwidrigen Verhaltens Schadenersatz leisten (sogenannter **Sekundäranspruch**; BGHZ 94, 380, 386 ff. = GI 32/85).

1. Als solcher **Anlaß zu Prüfung und Hinweis** an den Kläger kommt im vorliegenden Fall nach dem Sachvortrag der Parteien nur der Umstand in Betracht, daß der Beklagte – erst – im Spätsommer oder Herbst 1987 von im Jahre

1985 geführten Gespräche mit dem Finanzamt G. und der Oberfinanzdirektion Fr. erfahren haben will, bei denen nach den Feststellungen des Berufungsgerichts die Finanzbeamten massive Bedenken gegen die Anerkennung des Anlagemodells nach der Art des „Industriepart F.“ erhoben haben sollen. Das Unterlassen einer erneuten Prüfung und einer Aufklärung des Klägers konnte den Sekundäranspruch aber nur dann auslösen, wenn es sich um eine erneute Pflichtwidrigkeit handelte, die über das den Primäranspruch auslösende Verhalten hinausging; denn **sonst würde schon das den Schaden verursachende pflichtwidrige Verhalten für sich allein ohne weiteres zum Sekundäranspruch und damit zu einer dem Gesetz widersprechenden Verlängerung – bis zur Verdoppelung – der Verjährungsfrist führen** (BGHZ 94, 380, 387 = GI 32/85). Eine neue Pflichtverletzung lag grundsätzlich nicht vor, wenn, wie der Kläger behauptet hat, der Beklagte vom Inhalt der mit der Finanzverwaltung geführten Gespräche noch vor Abschluß des Beitrittsvertrages Kenntnis erlangt hatte. Dem Berufungsurteil läßt sich nicht entnehmen, ob der Kläger sich in diesem Punkt das ihm insoweit günstigere Vorbringen des Beklagten hilfsweise zu eigen gemacht hat; zur Frage, wann der Beklagte von jenen Gesprächen erfahren hat, hat das Berufungsgericht ausdrücklich keine Feststellung getroffen. Das müßte nachgeholt werden, wenn, wie das Berufungsgericht gemeint hat, der Beklagte im Jahre 1985 auch dann pflichtwidrig gehandelt hätte, wenn er damals von etwaigen Bedenken der Finanzverwaltung nichts wußte. Denn dann läge darin, daß der Beklagte, als er – erst – später von deren Bedenken erfuhr, nicht eine erneute Prüfung unternahm, eine neue, andersartige Pflichtverletzung. Das Berufungsgericht ist insoweit der Ansicht, der Beklagte habe unabhängig davon, ob er alsbald von jenen Gesprächen mit den Finanzbehörden etwas erfahren habe, die ihm vor Abschluß des Treuhandvertrages obliegenden Beratungs-, Prüfungs- und Aufklärungspflichten verletzt.

2. Diese rechtliche Beurteilung greift die Revision jedoch mit Erfolg an.

Der Beklagte war sogenannter Gesellschaftertreuhänder nicht nur in der Anlagengesellschaft, um die es hier geht, sondern in einer Vielzahl von jeweils in der Rechtsform der BGB-Gesellschaft betriebenen Publikumsgesellschaften. Während in den Anfang der 70-iger Jahre gegründeten Gesellschaften (sogenannte Altgesellschaften) die Zahl der über den Treuhänder beteiligten mittelbaren Gesellschafter verhältnismäßig klein war – in der Regel nicht mehr als zwanzig – und diese ihre Einlage jeweils in einem Betrag zu entrichten hatten, waren die ab etwa 1981/82 gegründeten sogenannten Immobilienspargesellschaften (ISP = Immobiliensparprogramm) als Massengesellschaften mit meistens mehr als 200 und zum Teil – wie im vorliegenden Fall – mehr als 1000 Gesellschaftern konzipiert. Diese hatten ihre Einlage in jeweils 100 Monatsraten zu zahlen. Hierdurch sollten nicht nur auch Anleger mit geringerem Einkommen gewonnen werden, sondern es sollte dadurch

auch bewirkt werden, daß die Beiträge zu einem erheblichen Teil aus den Steuerersparnissen finanziert werden konnten, die sich aus den in der Verlustphase der ersten Jahre entstehenden Verlustzuweisungen ergaben. Für zumindest eine der Altgesellschaften (GWZ 74) hatte das Finanzamt einen positiven Bescheid über die einheitliche Gewinnfeststellung mit der Folge erlassen, daß den Treugebern Verlustzuweisungen zugute gekommen waren.

- a) Das Berufungsgericht ist davon ausgegangen, daß wegen der unterschiedlichen Konzeption die steuerliche Anerkennung der ISP-Gesellschaften den Beitrittsinteressenten gegenüber nicht als sicher hätte hingestellt werden dürfen. Dem ist zuzustimmen. Weder den Feststellungen des Berufungsgerichts noch dem Sachvorbringen des Klägers läßt sich indessen entnehmen, daß dies geschehen wäre.
- aa) Wie dem Senat aus zwei anderen Fällen bekannt ist, in denen ebenfalls der jetzige Beklagte auf Schadenersatz in Anspruch genommen worden war und in denen dessen Revisionen nicht angenommen worden sind, enthielten einige der Prospekte für die ISP-Gesellschaften die Angabe, die Neukonzeption sei „mit den Finanzbehörden grundsätzlich abgestimmt“. Eine solche Aussage findet sich im jetzt zu beurteilenden Prospekt nicht. Dort wird lediglich die steuerliche Konzeption, wie man sie sich vorstellte, dargelegt. Auf S. 51 heißt es sodann, die im Prospekt genannten steuerlichen Vergünstigungen und Wirkungen seien keine Geschäftsgrundlage für die abzuschließenden Verträge; für die steuerliche Anerkennung der Immobiliensparbeteiligung sei der Prospektherausgeber wegen der sich ständig ändernden Gesetzgebung, Rechtsprechung und Steuererlasse nicht verantwortlich.
- bb) Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts hat der Anlageberater R., den die mit dem Vertrieb der Beteiligungen beauftragte I. GmbH zur Werbung der Anleger – auch des Klägers – eingeschaltet hatte, diesem erklärt, daß die Steuervorteile sicher seien und sofort geltend gemacht werden könnten. Die Revision rügt, daß diese Würdigung der Zeugenaussage R. keine Grundlage in dem hierüber aufgenommenen Protokoll habe. Damit hat sie recht. Der Zeuge hat danach zwar ausgesagt, er habe dem Kunden erklärt, „wenn er die Beteiligung unterzeichnet, dann hat er Steuervorteile“; er will dem Interessenten jedoch weiter auch gesagt haben, „daß die Möglichkeit besteht, Steuern zu sparen, nicht jedoch die Sicherheit“; die Anlage könne riskant sein, „weil nichts sicher ist“. Wie das Berufungsgericht zu seiner Würdigung gekommen ist, ist nicht ersichtlich. Es ist auch nicht erkennbar, was es damit gemeint hat, daß die Steuervorteile „sofort geltend gemacht“ werden könnten; es ist selbstverständlich, daß Steuererleichterungen sich erst aufgrund der nächsten Veranlagung oder allenfalls durch Herabsetzung etwaiger bisher zu leistender Steuervorauszahlungen hätten auswirken können. Der Zeuge R. hat freilich auch

bekundet, er habe von der J. KG, der die Geschäftsführung und Vertretung der Anlagegesellschaft übertragen war, im Rahmen einer Schulung einen sogenannten Flip-Chart erhalten, bei dem es sich offenbar um das dem Vernehmungsprotokoll beigegefügte „Kurzexposé zum ISP-Nr. 18“ handelt. Dort heißt es auf S. 3: „Immobilien-Sparen ist die jüngste steuerlich anerkannte Sparform... und trotzdem die erfolgreichste.“ Inwieweit dem Kläger der Inhalt dieses Schriftstücks zur Kenntnis gebracht worden ist, ist nicht festgestellt.

Darauf und auf den genauen Inhalt der Zeugenaussage kommt es aber auch nicht an, so daß insoweit keine weiteren tatsächlichen Feststellungen erforderlich sind. Der Vortrag des Klägers, der Grundlage für jene Beweisaufnahme war, geht lediglich dahin, er habe aus den Aussagen in den Prospekten und den mündlichen Zusicherungen schließen müssen, daß jedenfalls im Zeitpunkt des Vertragsschlusses keine ernsthaften Bedenken der Finanzbehörden gegen das steuerliche Konzept bestanden hätten; er habe daraus entnehmen können, daß die steuerliche Rechtslage eindeutig und eine problemlose Anerkennung durch das zuständige Finanzamt zu erwarten sei. Der Kläger hat damit nicht behauptet, ihm sei gesagt worden, die Finanzverwaltung habe sich bereits positiv zu dieser Anlageform geäußert. Eine Aufklärungspflichtverletzung kann danach allenfalls darin bestanden haben, daß der Beklagte und diejenigen Personen, deren er sich zur Vorbereitung und zum Abschluß des Beitrittsvertrages bediente, dem Kläger etwaige Bedenken, die ihnen wegen der steuerlichen Eignung und Anerkennung des Anlagemodells von selbst hätten kommen müssen, nicht mitgeteilt hätten.

- b) Das Berufungsgericht hat gemeint, der Beklagte sei auch dann, wenn er von den von den Finanzbeamten geäußerten Bedenken nichts gewußt habe, zu „entsprechende Erkundigungen und Nachforschungen“ verpflichtet gewesen; er habe sich nach dem „finanzamtlichen Verhalten“ erkundigen müssen. Dem liegt indessen, wie die Revision zu Recht geltend macht, eine **Überspannung der Sorgfaltsanforderungen zugrunde**, die an diejenigen zu stellen sind, der für ein angeblich mit Steuervorteilen verbundenes Anlagemodell verantwortlich ist.

Das Berufungsgericht ist allerdings zutreffend davon ausgegangen, daß zwischen den Altgesellschaften und den ISP-Gesellschaften Unterschiede bestanden, die es verboten, einfach darauf zu vertrauen, daß das neue Anlagemodell ebenso wie das alte steuerlich anerkannt werden würde. Das Berufungsgericht hat diese Unterschiede im einzelnen zusammengestellt, ohne freilich, wie die Revision mit Recht beanstandet, die sich daraus ergebenden steuerlichen Konsequenzen zu erörtern. Solche Auswirkungen konnten sich allerdings in der Tat vor allem aus der Ausgestaltung des Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung und des Weisungsrechts

der Anleger ergeben. Sowohl an den Altgesellschaften wie auch an den ISP-Gesellschaften waren die Anleger nicht nur aufgrund des Treuhandvertrages wirtschaftlich, sondern insofern auch unmittelbar und damit rechtlich beteiligt, als ihnen in den Gesellschafterversammlungen ein eigenes Stimmrecht zustand (vgl. zu dieser – zulässigen – Gestaltungsform Sen. Urte. v. 30. März 1987 – II ZR 163/86, WM 1987, 811, 812 = ZIP 1987, 912, 913). Damit hatte es bei den Altgesellschaften sein Bewenden; die Stimmrechte der Treugeber konnten dort nicht durch den Treuhänder ausgeübt werden. Bei den Gesellschaften der neuen Konzeption fiel dagegen das Stimmrecht der Anleger dem Treuhänder zu, soweit sie selbst davon keinen Gebrauch machten (§ 8 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages des Industriepark F.). Diese Abweichung hing damit zusammen, daß die Neukonzeption eine wirkliche Massengesellschaft mit einer Vielzahl von (Klein-) Anlegern schuf, während die Altgesellschaften noch eine relativ überschaubare Zahl von Treugebern hatten. Es liegt auf der Hand, daß in einer derartigen Massengesellschaft die Kleinanleger nicht an jeder Gesellschafterversammlung teilzunehmen pflegen. Ihr Stimmrecht fiel dann nach der hier getroffenen Regelung dem Treuhänder zu. Das ist steuerrechtlich an sich unschädlich, weil bei einem fremdnützigen Treuhandverhältnis der Treuhänder an die Weisungen des Treugebers gebunden ist. Im vorliegenden Fall ist indessen ungeklärt, wie die Anleger von diesem Weisungsrecht Gebrauch machen konnten. Weder Gesellschafts- noch Treuhandvertrag erwähnen es. Unterschiedliche Weisungen der einzelnen Treugeber hätte der Treuhänder nur dann durchsetzen können, wenn er seine Stimme hätte spalten und entsprechend den ihm erteilten Weisungen unterschiedlich hätte ausüben können. Die Gesellschaftsverträge sehen ein derart gespaltenes Stimmrecht aber nicht vor. In der Regel schließen sich bei derartigen Anlageformen die Anleger ihrerseits zu einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zusammen, in der sie über die dem Treuhänder zu erteilenden Weisungen durch Mehrheitsbeschluß abstimmen. Eine solche Gesellschaft gab es hier offenbar nicht.

Es stellt gleichwohl keinen Sorgfaltsverstoß dar, daß der Beklagte nicht erkannt hat, daß diese tatsächlichen Auswirkungen der zivilrechtlichen Gestaltung für die steuerrechtliche Beurteilung eine Rolle spielen konnten (vgl. zur Bedeutung der Möglichkeit der Treugeber, die unternehmerischen Entscheidungen der Gesellschaft zu beeinflussen, BFH BStBl. II 1977, 737, 740 und 1981, 663, 664). Die Anlageform nach dem hier zugrundegelegten Muster hatte der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Z. entwickelt. Die mit dem Anlagenvertrieb betraute I. GmbH ließ sich dazu Ende 1984/Anfang 1985 vom Re-Institut, an dem freilich offenbar wiederum Z. beteiligt war, ein von einem Prof. Dr. W. unterzeichnetes Gutachten erstatten. Dort ist ausführlich dargelegt, daß das Treuhandverhältnis mit dem jeweiligen Anleger so ausgestaltet sei, daß es den steuerlichen Anforderungen genüge, bei deren Erfüllung die von der Gesellschaft erzielten (positiven und negativen) Einkünfte den Treugebern zuzurechnen seien. Es heißt an einer Stelle wörtlich: „Den Treugebern sind aufgrund der Stimmrechtsmacht gemäß § 8 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages auf den Gesellschafterversammlungen Grundsatzentscheidungen vorbehalten“.

Das Berufungsgericht ist allerdings der Ansicht, der Beklagte hätte sich auf diese Beurteilung nicht verlassen dürfen, sondern er hätte eine vorherige Abstimmung mit der Finanzverwaltung herbeiführen müssen. Damit stellt es jedoch zu hohe Anforderungen. Das Steuerrecht und seine Auswirkungen auf ein unter verschiedenen zivil- und steuerrechtlichen Aspekten gestaltetes Kapitalanlagemodell sind so kompliziert, daß von der Finanzverwaltung eine zügige und verbindliche Stellungnahme zur steuerrechtlichen Beurteilung im voraus nur selten erwartet werden kann. Im vorliegenden Fall war das jedenfalls nicht so. Das zeigen die seit Frühjahr 1985 geführten Verhandlungen mit den Steuerbehörden. Ob diese die steuerliche Anerkennung zu Recht versagt haben, ist bis heute ungeklärt und wird sich erst nach rechtskräftigem Abschluß des noch schwebenden Rechtsmittelverfahrens beantworten lassen.

Anwaltshaftung

- Schaden
 - Darlegungs- und Beweislast
 - § 287 ZPO
 - Ausforschungsbeweis
- BGH, Urt. v. 5. 11. 1992 – IX ZR 12/92

Leitsatz:

Zur Darlegung des Schadens bei der Anwaltshaftung.

Tatbestand:

Die Kläger nehmen die Beklagten – Witwe und alleinige Erbin (Beklagte zu 1) sowie ehemalige Sozien (Beklagte zu 2 und 3) des verstorbenen Rechtsanwalts Dr. S. – auf Schadensersatz wegen Verletzung anwaltlicher Berufspflichten in Anspruch.

Die Kläger haben im Jahre 1980 durch die D. Bau- und Vertriebsgesellschaft mbH Wohnungsunternehmen & Co. KG (im folgenden D. Bau) ein Eigenheim errichten lassen. Rechtsanwalt Dr. S. war beauftragt, Gewährleistungsansprüche für die Kläger geltend zu machen. Die D. Bau wurde am 22. Januar 1986 aufgelöst.

Sie tragen vor, Rechtsanwalt Dr. S. habe die Gewährleistungsansprüche teilweise verjähren lassen. Dadurch sei ein Schaden in Höhe von 13.711 DM entstanden. Andere Ansprüche habe er nicht mit dem nötigen Nachdruck durchgesetzt, so daß sie schließlich nicht mehr hätten beigetrieben werden können. Daraus folge ein Schaden in Höhe von 48.441 DM. Ferner habe er unzulässige und unbegründete Anträge gestellt. Dies habe zu einer Belastung mit Gerichtskosten in Höhe von 12.569,50 DM geführt.

Das Landgericht hat der Klage nur zum letzten Punkt in Höhe von 1.023 DM stattgegeben. Das Oberlandesgericht hat die Berufung der Kläger zurückgewiesen. Dagegen wenden sich diese mit ihrer Revision.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel hat teilweise Erfolg.

I.

Das Berufungsgericht schließt nicht aus, daß Rechtsanwalt Dr. S. seine Pflichten in verschiedener Hinsicht verletzt hat; daraus sei den Klägern aber kein Schaden erwachsen. Sie hätten nicht substantiiert dargetan, daß sie gegen D. Bau erfolgreich hätten vollstrecken können, wenn Rechtsanwalt Dr. S. nach Vorliegen eines vollstreckbaren Titels (ab 28. 2. 1984) sofort Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet hätte. Die von den Klägern beantragte Vernehmung des früheren Geschäftsführers Sch. der persönlich haftenden Gesellschafterin der D. Bau zu der Behauptung, diese habe über genügend vollstreckbares Vermögen verfügt, sei als bloße Ausforschung abzulehnen gewesen. Auch wenn es den Klägern unverkennbare Schwierigkeiten bereite, die wirtschaftlichen Verhältnisse der D. Bau darzulegen, sei für eine Umkehr der Beweislast oder für Beweiserleichterungen kein Raum.

Soweit Rechtsanwalt Dr. S. durch unzulässige oder unbegründete Anträge für die Kläger Kosten verursacht habe, sei er dafür nicht verantwortlich, weil den Klägern auch insoweit Prozeßkostenhilfe bewilligt worden sei.

II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

1. Soweit das Berufungsgericht substantiierten Vortrag dazu vermißt, daß die Kläger bei pflichtgemäßem Handeln ihres früheren Prozeßbevollmächtigten gegenüber D. Bau diejenigen Ansprüche hätten verwirklichen können, die sie nunmehr im Gewande des Schadenersatzes gegen die Beklagten richten, läßt es § 287 ZPO außer acht.

Danach ist für den Ursachenzusammenhang zwischen dem konkreten Haftungsgrund (dem anspruchsbegründenden Ereignis) und der Schadenfolge – die sogenannte haftungsausfüllende Kausalität – das Beweismaß verringert; jedenfalls eine deutlich überwiegende, auf gesicherter Grundlage beruhende Wahrscheinlichkeit reicht für die richterliche Überzeugungsbildung aus (BGH, Urt.v. 9. 4. 1992 – IX ZR 104/91, WM 1992, 1155, 1156). Zugleich erleichtert § 287 ZPO dem Geschädigten auch die Darlegung (BGH, Urt.v. 23. 10. 1991 – XII ZR 144/90, WM 1992, 36, 37; v. 2. 7. 1992 – IX ZR 256/91, GI 92, 30 = NJW 1992, 2694, 2695). Die Klage darf daher nicht wegen eines lückenhaften Vortrages zum Schaden abgewiesen werden, solange dafür greifbare Anhaltspunkte vorhanden sind.

Dem angefochtenen Urteil ist nicht zu entnehmen, daß das Berufungsgericht von § 287 ZPO ausgegangen ist. Seine Ausführungen lassen vielmehr darauf schließen, daß es von den Klägern zu Unrecht den strengen Beweis nach § 286 ZPO gefordert und in diesem Rahmen den Klagevortrag für ungenügend erachtet hat. Dafür spricht insbesondere die Erwägung, der fehlende Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der D. Bau dürfe nicht dazu führen, die Anforderungen an die Substantiierungspflicht der Kläger herabzusetzen. In dieselbe Richtung zielt das Berufungsgericht, wenn es an anderer Stelle den „allgemeinen Grundsatz . . . , wonach der Geschädigte die Beweislast für die objektiven Voraussetzungen eines Schadenersatzanspruchs aus positiver Forderungsverletzung . . . trägt“, anwenden will.

Den unter Beweis gestellten Sachvortrag der Kläger, daß frühere Vollstreckungsversuche – wenn sie unternommen worden wären – Erfolg gehabt hätten, darf das Berufungsgericht nicht unberücksichtigt lassen.

Zu Unrecht macht die Revisionserwiderung geltend, an die Substantiierung der fraglichen Behauptung seien erhöhte Anforderungen zu richten, weil die Kläger eingeräumt hätten (GA 97), daß ihr Schuldner möglicherweise schon bei Erwirkung des ersten Vollstreckungstitels (Teilurt. v. 28. 2. 1984) vermögenslos gewesen sei. An der angegebenen Stelle haben die Kläger folgendes ausgeführt: Es könne durchaus zutreffen, daß die D. Bau- und Vertriebsgesellschaft **mbH** bereits Anfang 1984 vermögenslos gewesen sei; das sei aber unerheblich, weil sich ihre (der Kläger) Forderungen nicht gegen die GmbH, sondern gegen die D. Bau GmbH & Co. **KG** richteten. Dieser zutreffenden Ansicht der Kläger ist nichts hinzuzufügen.

Zur haftungsausfüllenden Kausalität haben diese vorgetragen: Rechtsanwalt Dr. S., der damals nicht nur die Kläger, sondern insgesamt 15 eine Interessengemeinschaft bildende Bauherren vertreten habe (GA 65, 378), sei bekannt gewesen, daß D. Bau noch Forderungen wegen der Erbringungen von Sonderleistungen unter anderem gegen die Eheleute v. L. (ca. 40.000 DM), Eheleute v. (ca. 45.000 DM) und Frau T. (ca. 45.000 DM) zugestanden hätten. Er sei schon 1981/82 von den Bauherren ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Ansprüche der Kläger durch Zugriff auf die gegen sie – die Bauherren als Schuldner der D. Bau – gerichteten Forderungen gesichert werden könnten. Rechtsanwalt Dr. S. habe in dieser Richtung aber nichts unternommen. Die Forderungen seien werthaltig gewesen. Denn unter dem 15. 3. 1985 habe D. Bau sie an ein verbundenes Unternehmen abgetreten. Frau Se. (vormals T.) habe am 14. 4. 1988 36.760,08 DM an den Zessionar gezahlt. Auch die Eheleute v. L. hätten zwischenzeitlich die gegen sie gerichtete Forderung erfüllt.

Unter diesen Umständen konnte der Beweisantrag auf Vernehmung des Zeugen Sch. zu der Behauptung, in den Jahren 1982 und 1983 – und auch noch im Frühjahr 1984 – seien die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der D. Bau nicht derart gewesen, daß eine Vollstreckung aus dem erwirkten Zahlungstitel erfolglos

gewesen wäre, nicht als **unzulässiger Ausforschungsbeweis** unbeachtet bleiben. Ein **Beweisermittlungsantrag (Ausforschungsbeweis)** wird dann **angenommen, wenn eine Partei beweiserhebliche Tatsachen durch die Beweisaufnahme erst zu erfahren sucht, um sie dann zur Grundlage eines neuen Prozeßvortrages zu machen** (BGH, Urt.v. 14. 3.1968 – II ZR 50/65, NJW 1968, 1233, 1234; v. 8. 2. 1984 – IVa ZR 49/82, VersR 1984, 429, 430; v. 12. 7. 1984 – VII ZR 123/83, NJW 1984, 2888, 2889). Davon kann hier keine Rede sein. Der Vortrag der Kläger enthielt so viel Substanz, daß er ohne weiteres als erheblich beurteilt werden mußte. Er war auch hinreichend konkret, um eine sachliche Stellungnahme und Überprüfung zu ermöglichen. Ein solcher Beweistritt ist – jedenfalls im Rahmen des § 287 ZPO – genügend substantiiert. Das Berufungsgericht überspannt die Anforderungen an den Sachvortrag, wenn es von den außenstehenden Klägern Darlegungen dazu verlangt, ob und in welchem Umfang D. Bau Grundvermögen hatte und wie hoch es belastet war, welche Forderungen – abgesehen von den am 15. 3. 1985 abgetretenen – D. Bau zustanden, welche davon sicherungshalber abgetreten waren, was an sonstigem vollstreckungsfähigem Vermögen – etwa Baumaschinen – vorhanden war und wie hoch sich die Verbindlichkeiten der D. Bau ab März 1984 beliefen.

2. Hinsichtlich des auf dem Fehlschlag der Zwangsvollstreckung beruhenden Schadens (48.441 DM) erweist sich das Berufungsurteil auch nicht aus anderen Gründen als richtig (§ 563 ZPO).

Insofern neigt das Berufungsgericht dazu, eine Pflichtverletzung zu bejahen, weil Rechtsanwalt Dr. S. – obwohl im Mai 1983 festgestanden habe, daß D. Bau keine Mängelbeseitigungsarbeiten mehr vornehmen werde – den zeitraubenden Weg einer Zwangsvollstreckung nach § 887 Abs. 2 ZPO beschritten habe, statt die Klage beizeiten auf Zahlung eines Vorschusses für die Kosten der Mängelbeseitigung umzustellen. Dagegen sind keine rechtlichen Bedenken zu erheben.

3. Die Schadenposition „Verjährenlassen von Gewährleistungsansprüchen“ (13.711 DM) hat das Berufungsgericht in Höhe eines Teilbetrages von 2.000 DM im Ergebnis zu Recht abgesprochen, im übrigen nicht.

Nach Ansicht des Berufungsgerichts war die Klage unschlüssig, soweit sie den Schaden aus der Verjährung der Gewährleistungsansprüche wegen des Gefalles im Estrich des Wohnzimmers und der Rostflecken an verschiedenen Zimmerdecken betraf. Bezüglich dieser Mängel habe das Oberlandesgericht im Vorprozeß die Klage nicht wegen Verjährung, sondern wegen der Unverhältnismäßigkeit des Mängelbeseitigungsaufwands abgewiesen. Die Revision wendet sich nicht gegen diese Feststellung. Nach dem Vortrag der Kläger entfallen auf die Positionen insgesamt 2.000 DM. In dieser Höhe ist die Klage zu Recht abgewiesen worden, weil die Kläger insoweit im Vorprozeß nicht an der Verjährungseinrede der D. Bau ge-

scheitern und eine andere zum Schadenersatz verpflichtende Handlung ihres früheren Prozeßbevollmächtigten nicht vorgetragen haben.

Zu den restlichen 11.711 DM dieser Schadenposition bezweifelt das Berufungsgericht, ob Rechtsanwalt Dr. S. in bezug auf die Verjährung der Ansprüche eine Pflichtwidrigkeit vorgeworfen werden könne. § 8 des notariellen „Kaufvertrages“ vom 29. 8. 1980, in dem für die Gewährleistung die Geltung der VOB/B vereinbart worden sei, sei gemäß § 11 Nr. 10 f AGBG unwirksam. Es habe deshalb nicht die zweijährige Frist des § 13 Ziffer 4 VOB/B, sondern die fünfjährige Frist des § 638 BGB gegolten. Diese Frist sei nicht verstrichen gewesen, als Rechtsanwalt Dr. S. die Mängel erstmals mit Schriftsatz vom 13. 1. 1984 gerichtlich geltend gemacht habe.

Falls dies richtig wäre, müßte die schuldhafte Pflichtverletzung von Rechtsanwalt Dr. S. aber darin gesehen werden, daß er die Ansprüche nicht „sicherheitshalber“ vor Ablauf der Zwei-Jahres-Frist geltend gemacht hat. Wenn gleich der Bundesgerichtshof (vgl. BGHZ 86, 135 = NJW 1983, 816) bereits Ende 1982 entschieden hatte, daß Vorschriften der VOB/B nur dann wirksam vertraglich vereinbart werden könnten, wenn die VOB/B ohne ins Gewicht fallende Einschränkung Vertragsbestandteil geworden sei, wurde die Frage, ob die „isolierte“ Vereinbarung der Gewährleistungsvorschriften der VOB/B wirksam sei, noch im Jahre 1983 von Obergerichten bejaht. Der gegenteilige Standpunkt begann sich erst 1985 durchzusetzen (vgl. die Nachweise in BGHZ 96, 129, 132 f = NJW 1986, 315). Höchstrichterlich wurde die Frage am 10. 10. 1985 – nach Ergehen des OLG-Urteils im Vorprozeß – entschieden. Unter diesen Umständen gebot es die anwaltliche Sorgfalt, kein Risiko einzugehen und die Ansprüche tunlichst vor Ablauf der kürzeren Frist geltend zu machen.

Die Revisionserwiderung meint, eine innerhalb zweijähriger Frist vorgenommene Unterbrechungshandlung hätte nicht der Bekämpfung des den Klägern drohenden Risikos gedient; auch habe sich mit der irrigen Annahme des Oberlandesgerichts, die Verjährung sei nach zwei Jahren eingetreten, nicht das Risiko verwirklicht, das durch eine Unterbrechungshandlung von Rechtsanwalt Dr. S. hätte vermieden werden sollen. Dem ist nicht zu folgen. Bei ungeklärter Rechtslage hat sich der Rechtsanwalt auf die für seinen Mandanten nachteiligere Auffassung einzustellen (BGH, Ur. v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86, Gl 88, 1; BGR BGB § 675 „Rechtsanwalt 4“).

4. Die Ablehnung des Anspruchs auf Ersatz der Gerichtskosten ist zwar fehlerhaft begründet, gleichwohl im Ergebnis ebenfalls zutreffend. Nachdem das Landgericht hierwegen der Klage – in Höhe von 1.023 DM – stattgegeben hatte, betraf der von den Klägern mit der im Vorprozeß eingelegten Berufung weiterverfolgte Rest (in Höhe von 11.546,50 DM) allein die Mehrkosten, die durch das Einklagen der verjährten Gewährleistungsansprüche entstanden waren.

- a) Zu Unrecht bezweifelt das Berufungsgericht, ob der betreffende Schaden vom Schutzzweck der verletzten Anwaltpflichten gedeckt sei. Daß den Klägern auch für die später abgewiesenen Anträge Prozeßkostenhilfe bewilligt worden war, ist unerheblich. Für unzulässige und unbegründete Anträge durfte Dr. S. schon gar nicht um Prozeßkostenhilfe nachsuchen. Die fehlerhafte Bewilligung durch das Gericht läßt – rückblickend – das Prozeßkostenhilfegesuch nicht als pflichtgemäß erscheinen. Ebensowenig rechtfertigt sie die nachfolgende Verlesung der Sachanträge in der mündlichen Verhandlung. **Die Prozeßkostenhilfe wird aufgrund einer lediglich summarischen Prüfung bewilligt, wobei eine gewisse Wahrscheinlichkeit genügt, daß der Antragsteller mit seinem Begehren durchdringen wird** (MünchKomm/Wax, ZPO 1992 § 114 Rdn. 51; Stein/Jonas/Leipold, ZPO 20. Aufl. § 114 Rdn. 29; Zöller/Schneider, ZPO 17. Aufl. § 114 Rdn. 30; Thomas/Putzo, ZPO 17. Aufl. § 114 Anm. 3 a). **Die Bewilligung der Prozeßkostenhilfe entbindet den Prozeßbevollmächtigten deshalb nicht von der eigenverantwortlichen Prüfung der Rechtslage.**
- b) Für die Mehrkosten ist der frühere Prozeßbevollmächtigte der Kläger indessen nicht verantwortlich. Er wäre nur dann verpflichtet gewesen, von dem Einklagen der später wegen Verjährung abgewiesenen Gewährleistungsansprüche Abstand zu nehmen, wenn die Ansprüche eindeutig verjährt gewesen wären. Das war nicht der Fall. Waren sie nicht verjährt – wovon das Berufungsgericht mit guten Gründen ausgeht –, wäre es sogar pflichtwidrig gewesen, die Ansprüche **nicht** einzuklagen.
- Allenfalls hätte man Rechtsanwalt Dr. S. vorwerfen können, das Gericht nicht von seiner möglicherweise fehlerhaften Rechtsansicht – die Ansprüche seien verjährt – abgebracht zu haben. Daß ihm insoweit Versäumnisse unterlaufen sind, hat das Berufungsgericht aber nicht festgestellt und haben die Kläger auch nicht vorgetragen.

Untreue des Vermögensvormunds/Notars

- Risikogeschäft
- Vermögensbetreuungspflicht
- ungewöhnliche Vertragsgestaltung

IBGH, Urt. v. 12. 6. 1990 – V StR 268/89 – wistra 91, 219)

Leitsätze:

- a) Zur riskanten dinglichen Belastung eines Mündelgrundstücks durch den Vermögensvormund zwecks Erlangung eines Kredits für ein Mündelunternehmen.
- b) Zur Belehrungspflicht des Notars bei Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages, bei dem die Sicherung des wechselseitigen Leistungsaustausches massiv von der üblichen Gestaltung eines Grundstückskaufvertrages abweicht.

Aus den Gründen:

II.

Die Revision der Staatsanwaltschaft ist nicht begründet. Sie hält den Tatbestand des § 266 Abs. 1 StGB für erfüllt, weil der Angeklagte als **Vermögensvormund ein Grundstück des Mündels zur dinglichen Sicherung einer Kreditaufnahme für die ebenfalls zum Vermögen des Mündels gehörende Schiffswerft H. P. GmbH mit 700.000,- DM belastet hat**. Hierzu hat der Generalbundesanwalt in seiner Antragsschrift ausgeführt:

„Der von der Beschwerdeführerin behauptete sachlich-rechtliche Mangel des Urteils liegt nicht vor. Nach der Rechtsprechung macht es der weite Rahmen des objektiven Tatbestandes der Untreue erforderlich, strenge Anforderungen an den Nachweis der inneren Tatseite zu stellen. Das gilt vor allem dann, wenn wie hier – lediglich bedingter Vorsatz in Betracht kommt und der Täter nicht eigensüchtig gehandelt hat. Zum Vorsatz gehört dabei in jedem Fall, daß sich der Täter auch der Pflichtwidrigkeit seines Handelns bewußt ist (BGHR StGB § 266 Abs. 1, Vorsatz 1 m.w.N.). Im vorliegenden Fall darf nicht außer acht bleiben, daß das dem Angeklagten anvertraute Vermögen in einem Geschäftsbetrieb bestand und Bedenken sich lediglich aus der finanziellen Situation der Werft und der Kapitalausstattung der GmbH ergaben. Andererseits stand der für die S-Werft durchzuführende Auftrag auf einer gesicherten Grundlage. Der Angeklagte war bemüht, Unsicherheitsfaktoren weitgehend auszuschalten und sah sich in seiner Einschätzung durch die leitenden Mitarbeiter der Werft bestätigt. Hinzu kommt, daß in einem Anhörungstermin vor dem Vormundschaftsrichter in Gegenwart des Testamentsvollstreckers die Durchführbarkeit des Auftrags und die Bestellung der Grundschild über 700.000,- DM an dem Mündelvermögen zur Absicherung des Auftrags erörtert worden war. Zur Eintragung der Grundschild kam es dann erst, nachdem der Testamentsvollstreckter zugestimmt hatte.

Unter diesen Umständen kann keine Rede davon sein, daß das Eingehen auf das Angebot der S-Werft bereits ein spekulatives Geschäft war, wie die Beschwerdeführerin behauptet. Es ist zu beachten, daß § 266 StGB wirtschaftlich vernünftigen Ausgaben, überhaupt kaufmännischen Unternehmerngeist, nicht hinderlich im Wege steht. Daher ist das Wagnis, das aus dem Wirtschaftsleben nicht fortzudenken ist, nicht grundsätzlich unerlaubt (vgl. Hübner, in: LK 10. Aufl., § 266 StGB Rdn. 84). Demgegenüber liegt ein **Risikogeschäft** erst dann vor, wenn der Täter nach Art eines Spielers bewußt und entgegen den Regeln kaufmännischer Sorgfalt eine ... äußerst gesteigerte Verlustgefahr auf sich nimmt, nur um eine **höchst zweifelhafte Gewinnaussicht** zu erhalten (BGH GA 1977, 342, 343). Hier hatte der Angeklagte jedoch versucht, durch eine sorgfältige Kalkulation das Risiko auszuschalten, und seine Einschätzung, daß der Auftrag von der P-Werft durchaus ausgeführt werden konnte, findet

zunächst eine Stütze in den Ausführungen des Sachverständigen vom 26. 11. 1981 vor dem Amtsgericht. Auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 6. 2. 1979 – I StR 685/78 – (abgedruckt in NJW 1979, 1512) kann sich die Revision nicht berufen, weil hier der Angeklagte die gegenwärtige Benachteiligung des Mündelvermögens als mögliche Folge seines Handelns nicht erkannt hat.“

Dem stimmt der Senat zu.

III.

Die Revision des Angeklagten ist ebenfalls unbegründet...

2. Die Verurteilung des Angeklagten hält auch der sachlich rechtlichen Nachprüfung stand.

Zu Recht hat das Landgericht angenommen, daß der Angeklagte, als er in seiner Eigenschaft als Notar die festgestellten 24 Grundstückskaufverträge beurkundete, sich der fortgesetzten Untreue nach § 266 Abs. 1 StGB in der Form des Treubruchtatbestandes schuldig gemacht hat.

Bei der **Beurkundung der Grundstückskaufverträge** hatte der Angeklagte als Notar und mithin als unabhängiger Träger eines öffentlichen Amtes (§ 1 BNotO) und unparteiischer Betreuer der Beteiligten (§ 14 Abs. 1 Satz 2 BNotO) die Pflicht, die Vermögensinteressen beider Vertragsparteien wahrzunehmen (vgl. schon RGSt 70, 166, 169; ferner Seybold/Hornig, Bundesnotarordnung 5. Aufl. 1976, § 14 Rdn. 36 f.). Diese Vermögensbetreuungspflicht findet ihre Konkretisierung in folgendem: Die Pflichten eines Notars bei der Beurkundung eines Rechtsgeschäfts beschränken sich nicht darauf, den ausdrücklichen Auftrag zur Beurkundung durchzuführen. Vielmehr muß der Notar als Betreuer der Beteiligten diese auch insoweit belehren, als er annehmen muß, daß die Beteiligten die Bedeutung und Tragweite der zu beurkundenden Tätigkeit nicht erkennen. Zwar erstreckt sich die **Belehrungspflicht des Notars** in der Regel nicht auf die wirtschaftlichen Folgen des zu beurkundenden Geschäftes. Jedoch besteht eine entsprechende Belehrungspflicht des Notars dann, **wenn es nach den besonderen Umständen des Einzelfalles naheliegt, daß eine Schädigung eines Beteiligten eintreten kann, und der Notar nicht mit Sicherheit annehmen kann, daß sich der Gefährdete dieser Lage bewußt ist oder daß er dieses Risiko auch bei einer Belehrung auf sich nehmen würde** (st. Rspr.: RGZ 149, 286, 293; RG DNotZ 1936, 194 und 1940, 81; BGH DNotZ 1954, 319, 320 f.; BGH VersR 1963, 671, 673; BGH BB 1964, 1322; BGH DNotZ 1967, 446; BGHZ 58, 343, 348; ebenso das Schrifttum: Reithmann, DNotZ 1969, 70, 74 f.; Mecke, BeurkG 1970 § 17 Rdn. 16 f.; Riedel/Feil, BeurkG 1971 § 17 Rdn. 9; Huhn/v. Schuckmann, BeurkG, 2. Aufl. 1987, § 17 Rdn. 17; Palandt/Heinrichs, 49. Aufl. 1990, § 17 BeurkG Anm. 4 b). So lag es hier.

Nach den Feststellungen des Landgerichts kaufte die Firma G. F. KG von privaten Grundstückseigentümern Grundstücke, um diese zu bebauen und

anschließend an noch anzuwerbende Kunden zu verkaufen. Da die Käuferin nicht über die finanziellen Mittel zum Ankauf der vielen Grundstücke verfügt, wurde in den Grundstückskaufverträgen eine Regelung getroffen, wonach der Grundstücksverkäufer zunächst allenfalls eine Anzahlung auf den Kaufpreis und erst bei Weiterveräußerung des Grundstücks in bebautem Zustand den Restkaufpreis erhalten sollte. Dementsprechend wurde am Ende der umfangreichen Vereinbarungen zur Zahlung des Restkaufpreises folgende Klausel in die Kaufverträge aufgenommen: „Die Käuferin ist berechtigt, anstelle des Restkaufpreises eine Bankbürgschaft in gleicher Höhe bei einem Notar zu hinterlegen, die dem Verkäufer nach Umschreibung des Eigentums übergeben wird und die der Käuferin Zug um Zug gegen Zahlung des Restkaufpreises binnen zehn Tagen nach Weiterveräußerung der geplanten Kaufeigenheime zurückzugeben ist.“ In allen Fällen beantragten und bewilligten die Verkäufer im Vertrag die Eintragung von Auflassungsvormerkungen zugunsten der G. F. KG. Ferner erteilten sie Vollmacht zur Erklärung der Auflassung und zum Vollzug des Grundstückskaufvertrages durch den Angeklagten. Diese Vertragskonstruktion wich, wie das Landgericht zutreffend annimmt, in der Sicherung des wechselseitigen Leistungsaustausches massiv von der üblichen Gestaltung von Grundstückskaufverträgen ab. **Die Zahlung des Restkaufpreises wurde de facto hinausgeschoben bis zur künftigen Weiterveräußerung des inzwischen bebauten jeweiligen Grundstücks. Sämtliche bis dahin bestehenden Risiken einschließlich der etwaigen vorsätzlichen Vereitelung des Bedingungseintritts durch die Käuferin trugen die wirtschaftlich unerfahrenen Verkäufer.** Gleichwohl erteilte der Angeklagte die gebotene Belehrung nicht. Dies führte zu dem vom Landgericht festgestellten Nachteil für die Verkäufer.....

Verschleierte Provisionen

– Untreue gem. § 266 StGB

– Provisionen

(BGH, Urt. v. 30.10.1990 – 1 StR 544/90 – wistra 1991, 137)

Leitsatz:

Auch eine vertragliche Beziehung, die sich insgesamt als Treueverhältnis i.S.d. § 266 StGB darstellt, kann Verpflichtungen enthalten, deren Einhaltung nicht vom Untreuetatbestand geschützt ist.

Aus den Gründen:

Das Landgericht hat den Angeklagten wegen Untreue und Gebührenüberhebung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zehn Monaten bei Strafaussetzung

zur Bewährung verurteilt. Hiergegen richtet sich die auf die Sachbeschwerde gestützte Revision der Staatsanwaltschaft mit dem Ziel einer höheren Bestrafung des Angeklagten und der Anordnung eines Berufsverbotes. Das vom Generalbundesanwalt nicht vertretene Rechtsmittel hat keinen Erfolg.

1. Die Revision beanstandet zu Unrecht, daß das Landgericht nicht auch das Verschweigen und die Einbehaltung einer erlangten Provisionszahlung in Höhe von 15.000,- DM als Untreute gewertet hat.

Nach den Feststellungen vermittelte der Angeklagte auf Veranlassung seiner querschnittsgelähmten Mandantin einen Baubetreuungsvertrag über den behindertengerechten Umbau ihres Anwesens mit einer Bauträger- und Baubetreuungsfirma, deren „Hausanwalt“ der Angeklagte war. Für diese Vermittlung erlangte er eine Provisionszahlung der Firma in Höhe von 15.000,- DM, über die er seine Mandantin nicht unterrichtete und die er auch nicht an sie weiterleitete. Das hat die Kalkulation für das Bauobjekt nicht versteuert, sondern lediglich den Gewinn der Bauträger- und Baubetreuungsfirma geschmälert; der Vertragsabschluß mit diesem Bauunternehmen war für die Mandantin des Angeklagten nicht nachteilig, und es kann ausgeschlossen werden, daß die Provision alternativ auch der Mandantin selbst etwa in Form eines Preisnachlasses gewährt worden wäre, weil sie ausdrücklich für den Angeklagten bestimmt gewesen ist.

Bei dieser Fallgestaltung ist die Auffassung des Landgerichts, es liege zwar eine Vertragsverletzung, aber kein Treubruch im Sinne des § 266 StGB vor, rechtlich nicht zu beanstanden.

Die Staatsanwaltschaft verkennt, daß **eine vertragliche Beziehung, die sich insgesamt als Treueverhältnis im Sinne des § 266 StGB darstellt, Verpflichtungen enthalten kann, deren Einhaltung nicht vom Untreuetatbestand geschützt ist** (BGH NSTz 1986, 361). Maßgebend für die Abgrenzung sind Inhalt und Umfang der Treueabrede, wie sie sich aus den Vertragsvereinbarungen und deren Auslegung nach Treu und Glauben ergibt. Der Angeklagte war von der Mandantin beauftragt, für den behindertengerechten Umbau ihres Wohnhauses zu sorgen. Dazu gehören die Auswahl und Beauftragung eines geeigneten Bauunternehmens sowie die finanzielle Abwicklung des Bauvorhabens mit dem Bauunternehmen. Dementsprechend erstreckten sich auch die Treuepflichten des Angeklagten nur auf die bestmögliche Auswahl eines Bauunternehmens und den korrekten Einsatz der für den Vertragszweck zur Verfügung stehenden Mittel. Eine derartige spezifische Treuepflicht hat der Angeklagte nicht verletzt.

Zwar mag der Angeklagte nach Beendigung des Auftragsverhältnisses auf § 667 BGB zur Herausgabe der erlangten Provisionen verpflichtet gewesen sein, auch wenn sie nur ihm selbst als Abschlußprovision zugedacht war (vgl. etwa BGH NJW 1982, 1752). Eine derartige **Herausgabepflicht war aber keine spezifische Treuepflicht**; sie unterscheidet sich nicht von den sonstigen Herausgabe- und Rückerstattungspflichten anderer Schuldverhältnisse, die regelmäßig keine Treueabrede enthalten (vgl. Hübner, in: LK 10. Aufl. § 266 Rdn. 77).

Verspätungszuschläge

– Verhinderung des Steuerberaters

(FG Saarland, Urt.v. 28. 7.1991 – I K 185/91 – StB 1991, 455)

Leitsatz:

Ein Steuerberater handelt schuldhaft, wenn er im Falle einer dauernden teilweisen Berufsunfähigkeit infolge Behinderung die Steuererklärungen seines Mandanten erst mit erheblicher Verspätung nach Ablauf mehrmaliger Fristverlängerungen durch das Finanzamt einreicht.

Sachverhalt:

Der Kläger wird beim beklagten Finanzamt zur Einkommen- und zur Umsatzsteuer veranlagt. Er wird steuerlich von Steuerberater A. vertreten.

Dieser wandte sich am 21. 2. 1990 an den Beklagten. Er verwies auf seine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 100 % und bat um weitere Fristverlängerung u. a. für die Erstellung der Steuererklärung des Klägers für 1988. Mit Schreiben v. 23. 2. 1990 gewährte der Beklagte die beantragte Fristverlängerung bis 30. 4. 1990, wobei er darauf hinwies, daß dies eine letzte Fristverlängerung sei.

Am 30. 4. 1990 teilte der Steuerberater mit, daß es ihm nicht gelungen sei, u. a. die Steuererklärungen des Klägers bis zum gesetzten Termin fertigzustellen. Am 28. 5. 1990 gingen schließlich die Erklärungen beim Beklagten ein.

Dieser setzte mit Steuerbescheiden vom 16. 8. bzw. 17. 9. 1990 die Einkommensteuer auf 27.836 DM und die Umsatzsteuer auf 39.456 DM fest. Gleichzeitig erfolgte die Festsetzung von Verspätungszuschlägen in Höhe von 1.390 DM zur Einkommen-, und in Höhe von 1.970 DM zur Umsatzsteuer.

Hiergegen legte der Kläger am 6. bzw. 20. 9. 1990 Beschwerde ein. Zur Begründung wurde auf die eingetretene Verschlimmerung im Gesundheitszustand des Steuerberaters sowie auf den Umstand verwiesen, daß dieser die Betreuung seiner pflegebedürftigen Mutter habe übernehmen müssen. Die Mutter des Steuerberaters ist im Januar 1990 verstorben. Am 16. 4. 1991 erließ die Oberfinanzdirektion Saarbrücken eine Beschwerdeentscheidung, mit der sie die festgesetzten Verspätungszuschläge auf 350 DM betr. Einkommensteuer und 100 DM betr. Umsatzsteuer ermäßigte. Die Beschwerdeentscheidung wurde dem Kläger am 2. 5. 1991 zugestellt.

Die hiergegen erhobene Klage ist zulässig, aber unbegründet. Die Festsetzung von Verspätungszuschlägen zur Einkommen- und Umsatzsteuer war im Streitfall rechtmäßig.

Aus den Gründen:

1. Nach § 152 Abs. 1 Satz 1 AO kann gegen denjenigen, der seiner Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung nicht oder nicht fristgemäß nachkommt, ein Verspätungszuschlag festgesetzt werden. Von der Festsetzung ist abzu- sehen, wenn die Versäumnis entschuldbar ist (§ 152 Abs. 1 Satz 2 AO). Das Verschulden eines Erfüllungsgehilfen, insbesondere dasjenige eines Ange- hörigen eines steuerberatenden Berufs, ist dem eigenen Verschulden nach § 152 Abs. 1 Satz 3 AO gleichzustellen.
2. Unstreitig wurden die Steuererklärungen für das Streitjahr 1988 verspätet dem Finanzamt eingereicht, nachdem der Beklagte dem weiteren Fristver- längerungsbegehren des Klägers nicht stattgegeben hat.

Das Versäumnis des Klägers bzw. das seines steuerlichen Beraters ist auch nicht hinreichend entschuldigt. **Der gesundheitliche Zustand des Beraters war diesem bereits seit längerer Zeit bekannt, so daß Anlaß und Zeit bestanden hätten, sich darauf einzustellen, was die arbeitsmäßige Belastung anbelangt.** Auch die Pflege der Mutter des Steuerberaters vermag das Versäumnis nicht zu entschuldigen. Denn die Mutter des Steuerberaters verstarb im Januar 1990, so daß dieser Grund bereits bei Stellung des Antrags auf Fristver- längerung Ende Februar 1990 nicht mehr gegeben war. Soweit die Pflege zu einem „Arbeits-Rückstau“ bei dem Steuerberater geführt haben sollte, konnte dieser dem nicht dadurch begegnen, daß er die ausstehenden Erklärungen zögerlich beim Finanzamt einreicht.

Der steuerliche Berater des Klägers hatte vielmehr hinreichend Veranlassung, rechtzeitig über organisatorische Änderungen in seinem Praxisbetrieb nach- zudenken, nachdem schon in den Vorjahren seine Erkrankung Anlaß für Frist- verlängerungsanträge war. Zu denken gewesen wäre an die **Einstellung einer zusätzlichen Kraft oder aber an die – eventuell vorübergehende – Abgabe von Steuerfällen an Kollegen aus dem Kreis der steuerberatenden Berufe.** Der steuerliche Berater hat diese Überlegungen jedoch offenkundig entweder überhaupt nicht angestellt oder aber sie zu Unrecht hinangestellt. Dies aber ist ihm vorzuwerfen, weil darauf die verspätete Abgabe der Steuer- erklärungen beruht.

Von daher sind die Voraussetzungen für die Festsetzung von Verspätungs- zuschlägen gegeben.

Die festgesetzten Verspätungszuschläge hielten sich nach Reduzierung in der Beschwerdeentscheidung im übrigen innerhalb des dem Beklagten vorgegebenen Ermessensspielraum. Die in den Grenzen des § 102 FGO vor- zunehmende Überprüfung hat keinerlei Ermessensüberschreitung oder Ermessensfehlgebrauch ergeben. Wird ausgeführt

Unterlassene Belehrung

– Beweislast

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 23. 7. 1992 – 13 U 24/91)

Leitsatz:

Wer einen Steuerberater auf Schadenersatz in Anspruch nimmt, weil dieser seine Pflichten nicht gehörig erfüllt habe (einer Belehrung über steuer- und sozialrechtliche Probleme bei Spesen), trägt für dieses Unterlassen die Beweislast.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist begründet. Den Klägern steht ein Anspruch auf Schadenersatz aus dem allein in Betracht kommenden Gesichtspunkten einer positiven Vertragsverletzung des zwischen den Parteien geschlossenen Steuerberatervertrages (§§ 675, 611, 242, 276, 249 BGB) nicht zu.

Das Landgericht hat zu Recht angenommen, daß ein Steuerberater, der mit der ständigen Beratung und Buchführung beauftragt ist, seinen Mandanten umfassend über die ihn betreffenden steuerlichen Belange aufzuklären hat. Demgemäß war die Beklagte hier verpflichtet, die Kläger auf die den Verpflegungsmehraufwand und das Übernachtungsgeld betreffenden steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen hinzuweisen. Nach ihrem Vorbringen im Berufungsrechtszug hat die Beklagte diese Beratungspflicht erfüllt. Sie hat behauptet, seit April 1985 sei insbesondere der Kläger zu 1) jeweils bei der Überreichung der Stundenaufstellungen und steuerlichen Unterlagen ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß nach den einschlägigen Bestimmungen der Steuer- und Sozialgesetzgebung die während des Einsatzes von Beschäftigten auf Schlachthöfen gezahlten Verpflegungs- und Übernachtungsgelder nur die ersten drei Monate steuer- und sozialversicherungsfrei seien. Der Kläger zu 1) habe jedoch zum Ausdruck gebracht, daß er bei Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen seinen Betrieb schließen könne, weil er keine Mitarbeiter mehr bekomme. Es wäre Sache der Kläger gewesen, dieses Vorbringen der Beklagten zu widerlegen.

Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung hat derjenige, der einen zur umfassenden Belehrung und Aufklärung Verpflichteten, z. B. einen Rechtsanwalt, Notar, Rechtsbeistand oder Wirtschaftsprüfer, auf Leistung von Schadenersatz in Anspruch nimmt, weil dieser seine Pflichten nicht gehörig erfüllt habe, für dieses Unterlassen die Beweislast zu tragen, auch wenn ihm damit der Beweis einer negativen Tatsache aufgebürdet wird (BGH GI 87, 80 = NJW-RR 1987, 869, 871; NJW 1987, 1322, 1323; GI 3/85 = 1985, 264, 265). Der für Steuerberater nunmehr ausschließlich zuständige IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs wendet diese Grundsätze – anders als noch der IV a. Zivilsenat (NJW 1982, 1516, 1517) – auch

dann an, wenn ein steuerlicher Berater wegen der Verletzung seiner vertraglichen Pflichten in Anspruch genommen wird (IGI 92, 249 = NJW 1992, 1695, 1697). Dem schließt sich der erkennende Senat an, weil es keine Gründe dafür gibt, einen Steuerberater anders als die sonstigen Dienstverpflichteten zu behandeln.

Die Schwierigkeiten des sog. Negativbeweises sind dadurch zu beheben, daß der Steuerberater die behauptete Pflichtverletzung substantiiert bestreiten, der Auftraggeber dagegen die Unrichtigkeit der Gegendarstellung zu beweisen hat. Der in Anspruch genommene Dienstverpflichtete kann sich dabei keinesfalls damit begnügen, eine Pflichtverletzung nur zu bestreiten oder ganz allgemein zu behaupten, er habe seinen Auftraggeber ausreichend unterrichtet. Vielmehr **muß er den Gang der Besprechung im einzelnen schildern, insbesondere konkrete Angaben darüber machen, welche Belehrungen und Ratschläge er erteilt hat und wie darauf reagiert worden ist** (BGH NJW 1987, 1322, 1323). Die Gegendarstellung der Beklagten genügt diesen Anforderungen. Sie hat nur vorgetragen, wen sie über die Steuer- und Sozialpflichtigkeit der gezahlten Verpflegungs- und Übernachtungsgelder informiert hat, sondern auch, bei welchen Gelegenheiten dies geschehen ist. Darüber hinaus hat sie auch behauptet, nach den Erklärungen des Klägers zu 1) seien die Entgelte bewußt unter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen ausgezahlt worden, um einen genügenden Anreiz für die auswärtig beschäftigten Arbeitnehmer zu schaffen. Die damit ausreichende Gegendarstellung zu widerlegen, ist der Klägerin indessen nicht gelungen. Zwar hat die frühere Ehefrau des Klägers zu 1), die Zeugin, bekundet, sie habe die Steuerunterlagen fast ausschließlich („zu 90 %“) zur Beklagten gebracht. Von keiner Seite sei ihr bei diesen Gelegenheiten gesagt worden, daß die Spesenabrechnungen nicht mit den Bestimmungen des Steuerrechts übereinstimmten. Demgegenüber hat die bei der Beklagten beschäftigte Zeugin ausgesagt, die Zeugin habe die Steuerunterlagen gebracht, bevor Spesen abgerechnet worden seien. Danach sei fast ausschließlich der Kläger zu 1) erschienen. Mit diesem, nicht aber mit der Zeugin, seien die steuerlichen Dinge besprochen worden. Der Kläger zu 1) sei, als er die Steuerunterlagen überbracht habe, immer wieder darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Arbeitnehmer nicht länger als drei Monate auf einem Schlachthof tätig sein dürften.

Der Senat sieht keinen Anlaß, die Aussage der Zeugin – insbesondere hinsichtlich der Frage, wer die Steuerunterlagen zur Beklagten gebracht hat – als nicht glaubhaft zu bewerten. Dabei läßt er nicht unberücksichtigt, daß die bei der Beklagten beschäftigte Zeugin einem gewissen Druck ausgesetzt war. Für die Glaubwürdigkeit der Zeugin spricht aber, daß sie unumwunden eingeräumt hat, das Schreiben vom 4.7.1991 nicht aufgesetzt, sondern lediglich durchgelesen und unterschrieben zu haben. Auf der anderen Seite kann auch der Zeugin, die mit dem Kläger zu 1) wieder zusammenlebt, nicht jegliches Interesse am Ausgang des Rechtsstreits abgesprochen werden. Bei dieser Sachlage können die Darlegungen der Beklagten nicht als widerlegt gelten. Das geht, wie dargelegt, zu Lasten der Kläger.

Honoraranspruch

- gegen den Geschäftsführer einer GmbH
- kostenlose Beratung?

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 23.1.1992 – 13 U 13/91)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Steuerberatungsvertrag kommt mit dem Geschäftsführer einer GmbH unmittelbar zustande, wenn es einen gegen ihn gerichteten Haftungsbescheid abzuwenden gilt.
2. Der Steuerberater ist nicht darüber belehrungspflichtig, daß die späteren Gebühren an den Betrag des Haftungsbescheides heranreichen.

Aus den Gründen:

Der zulässige Einspruch des Beklagten gegen das Versäumnisurteil vom 16.5.1991 hat in der Sache keinen Erfolg. Das Landgericht hat den Beklagten im angefochtenen Urteil zu Recht zur Zahlung von Steuerberatergebühren in Höhe von 15.048 DM nebst Zinsen verurteilt.

Der Kläger nimmt als seinen Vertragspartner zutreffend den Beklagten in Anspruch. Für seine Behauptung, er habe den Auftrag nicht in eigenem Namen vergeben, sondern namens und in Vollmacht der A., deren alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer er war, ist der Beklagte beweispflichtig. Diesen Nachweis hat das Landgericht mit zutreffender Begründung, der sich der Senat anschließt, als nicht geführt angesehen. Es ist nichts dafür ersichtlich, daß der (angebliche) Wille des Beklagten, im Namen der GmbH zu handeln, irgend erkennbar hervorgetreten ist, so daß der Beklagte aus dem Vertragsverhältnis mit dem Kläger allein verpflichtet ist, § 164 Abs. 2 BGB. – Die zum sogenannten unternehmensbezogenen Geschäft entwickelte Rechtsprechung hilft dem Beklagten nicht. Bei einem solchen geht der Wille der Beteiligten im Zweifel zwar dahin, daß (nur) der Betriebsinhaber Vertragspartner sein soll. Davon kann aber vorliegend gerade nicht die Rede sein. Unstreitig sollte die Tätigkeit des Klägers den Haftungsbescheid des Finanzamtes D. A. vom 8. 4. 1988 betreffen. Dieser richtete sich ausschließlich gegen den Beklagten selbst, nicht gegen die von ihm geführte GmbH. **Nachdem die Verwirklichung der Ansprüche gegen den eigentlichen Steuerschuldner, die GmbH, nicht zum Erfolg geführt hatte, nahm das Finanzamt den Beklagten als Geschäftsführer und späteren Liquidator für die Steuerschulden seiner Firma in Anspruch.** Das geschah, weil er seiner Verpflichtung, für die Abgabe der Steuererklärungen zu sorgen, nicht nachgekommen war. Das ist unstreitig.

Der Beklagte muß die Tätigkeit des Klägers als Steuerberater honorieren. Das wußte er als Kaufmann und langjähriger Geschäftsführer einer GmbH. **Ein besonderer Grund zu der Annahme, die Aktivitäten eines erstmals in Anspruch genommenen Steuerberaters seien für ihn kostenlos, bestand nicht.** Für die Vergütungspflicht des Beklagten spielt es keine Rolle, ob der Kläger aus vorhandenen Unterlagen die schlechte eigene Lage des Beklagten hätte erkennen können. **Desgleichen ist es ohne Bedeutung, ob die späteren Gebühren fast an den Betrag des (einen) Haftungsbescheides heranreichten.** Diese Umstände waren weder einzeln noch zusammen für den Kläger Veranlassung, schon von vornherein auf die ungefähre Höhe der Honorarforderung hinzuweisen oder gar den Auftrag abzulehnen. Derartige Voraussetzungen, wie der Beklagte sie nunmehr hinstellt, sind bei Steuerberatern oder vergleichbaren Berufen (Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt) nicht ungewöhnlich. Eine Betrachtung im Nachhinein mag die Inanspruchnahme solcher Berufsgruppen des öfteren im Endergebnis zwar unwirtschaftlich erscheinen lassen. Dies bleibt aber ohne Einfluß auf den Vergütungsanspruch, zumal es sich nicht um ein Erfolgshonorar handelt und im übrigen auch andere Gesichtspunkte als rein wirtschaftliche bei der Auftragserteilung eine verständliche Rolle spielen. Außerdem stellt der Kläger die Honorarforderungen zu Unrecht allein in Relation zu dem Betrag des Haftungsbescheides vom 8. 4. 1988. Da er nicht nur für 1984, sondern gleichermaßen für die Jahre 1985 und 1986 die notwendigen Steuererklärungen pflichtwidrig nicht abgegeben hatte, drohten für diese Jahre gleichermaßen entsprechende Haftungsbescheide mit seiner persönlichen Inanspruchnahme. – **Schließlich kommt es für die Gebührenforderung des Klägers nicht darauf an, was der Beklagte persönlich sich diesbezüglich vorgestellt hatte** und ob er, hätte man ihm die zu erwartenden Gebühren im voraus bekanntgegeben, den Auftrag nicht erteilt haben würde. Das alles sind Gesichtspunkte, die in der Sphäre des Auftraggebers liegen. Er muß sie selbst prüfen und die Voraussetzungen hierfür gegebenenfalls erfragen.

Die Klageforderung ist auch der Höhe nach gerechtfertigt. Eine Vereinbarung über die geschuldete Vergütung ist unstreitig nicht getroffen worden. Nach § 632 Abs. 2 BGB gebührt dem Kläger deshalb die **übliche Vergütung. Als üblich ist eine Honorierung nach der Steuerberatergebührenverordnung anzusehen.** Eine solche liegt aber, wie der im ersten Rechtszug zu Rat gezogene Sachverständige einleuchtend und nachvollziehbar begründet hat, höher als die Pauschalvergütung, welche der Kläger in seiner Rechnung vom 27. 6. 1988 in Ansatz gebracht hat. Sie allein ist Gegenstand der Klage, nicht die (höhere) Rechnung vom 10. 3. 1989. Letztere hat der Kläger dem Beklagten unwidersprochen nur deshalb zukommen lassen, um deutlich zu machen, daß die tatsächlich verlangte Pauschale unterhalb seines gesetzlichen Gebührenanspruches liegt.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 3, 1993)

Amtspflichtverletzung d. FA			
– Mitwirkungspflicht	93, 56		
– Schätzung	93, 56		
Bankhaftung			
– Aufklärungspflichten, Kapitalanleger	93, 43		
– Bankreferenz	93, 43		
– Prospekthaftung	93, 43		
Bauherrenmodell			
– Bauherr/Gebäudeerwerber	93, 62		
– Zwischenvermietung = Einschränkung d. Rspr.	93, 62		
Belehrungspflicht d. StB/WP			
– Einfamilien- oder Zweifamilienhaus	93, 29		
– Gebührenhöhe	93, 112		
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO			
– Geschäftsunterlagen	93, 43		
Beweislast			
– unterlassene Aufklärung/Belehrung	93, 110		
– Ausforschungsbeweis	93, 101		
Darlegungslast z. Regreßanspruch			
– Schaden, § 287 ZPO	93, 98		
Firma			
– Zusatz „Revision“	93, 44		
Forderungsabtretung			
– Verschwiegenheitspflicht	93, 2		
Gaststättenübernahmevertrag	93, 78		
Gesamtschuldner			
– Baubetreuer, Treuhänder	93, 2		
Honoraranspruch d StB			
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	93, 50		
= nichtige –, Vergütungsanspruch	93, 52		
– Zeitgebühren			
= Darlegungslast	93, 51		
= Vorarbeiten für Steuererklärung	93, 51		
Honoraranspruch d. WP			
– Nichtigkeit d. Prüfungsvertrages	93, 44		
Kenntnis d. Steuerrechts			
– Zwischenvermietung, Bauherrenmodell	93, 62		
Mustereinspruch	93, 74		
Nachbesserung			
– nach Wechsel d. StB	93, 45, 47		
Notar			
– Belehrungspflichten			
= Darlegungs-Beweislast	93, 3		
= Miteigentümer, Sicherungshypothek	93, 78		
– Grundbucheinsicht	93, 3		
– Rechtskenntnis	93, 3		
– Vermögensvormund	93, 103		
Pflicht z. Anfrage b. FA	93, 91		
Praxisabwickler			
– Berufungsbefugnis	93, 44		
Provisionsgeschäfte			
– Untreue	93, 106		
Prüfungsauftrag			
– nichtiger –, § 319 Abs. 2 Nr. 5 HGB	93, 44		
Rechtsanwalt			
– Angestellter, neue Bundesländer	93, 78		
– Beratungspflichten			
= Gaststättenübernahmevertrag	93, 78		
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung			
– d. GmbH	93, 78		
– d. WP Art. 1 § 5 Nr. 2			
= Kindergeld	93, 44		
vorvertraglicher Regreßanspruch			
– Verjährung d.	93, 91		
Revision			
– durch WPG/StBerG	93, 2		
Schaden			
– Darlegungslast, § 287 ZPO	93, 99		
– Steuervorteile			
= rechtswidrige –	93, 44, 62		
– Zuschätzung	93, 36		
Sequester			
– ordnungsgemäße Verwaltung	93, 78		
Sozietätsvertrag			
– Regelungslücke, Mandatsübernahme	93, 2		
Steuerberatungsvertrag			
– wg. Haftungsbescheid gg. Geschäftsführer	93, 112		
Treuhänder			
– Aufteilung d. Grundbesitzes	93, 26		
– Gesamtschuldner, Baubetreuer	93, 2		
– Mitverschulden d. Treugebers	93, 26		
– Rechnungslegungspflicht	93, 2		
– Verjährung f. RA-Treuhänder	93, 90		
Untreue			
– verschleierte Provision	93, 106		
Verjährung, § 51 BRAO			
– vorvertragliche Ansprüche	93, 91		
– f. RA-Treuhänder	93, 91		
– Verjährungsbeginn			
= Beitritt z. Anlagemodell	93, 91		
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO			
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch			
= Anlaß für –	93, 36		
– Verjährungsbeginn			
= Bestandskraft	93, 36		
= Erlaß d. Steuerbescheides	93, 79		
= mit Sicherheitsleistung	93, 79		
= Vermögensgefährdung, Gewerbesteuer-minimierung	93, 35		
Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO			
– Verjährungsbeginn	93, 21		
Vermögensvormund			
– ungewöhnliche Vertragsgestaltung	93, 103		
Verschwiegenheit			
– Forderungsabtretung	93, 2		

Verspätungszuschläge

- teilweise Berufsunfähigkeit d. StB

Werbeverbot

- Drittwerbung

Wiedereinsetzung

- Rechtsirrtum
= Praxisabwickler, Befugnisse

Wirtschaftsprüfer

- Befangenheit, § 319 HGB

- Rechtsberatung

= Kindergeld

Zuschätzung

- Schaden?

Zwischenvermietung

- Belehrungspflichten

BGH v. 12. 6. 1990 - V StR 268/89

BGH v. 30. 10. 1990 - I StR 544/90

BGH v. 19. 12. 1991 - IX ZR 8/91

BGH v. 24. 3. 1992 - X ZB 2/92

= NJW 92, 2158

= VersR 92, 1420

St v. 30. 4. 1992 - III ZR 151/91

= WM 1992, 1148

= BGHZ 118, 142

= NJW 92, 2021

BGH v. 2. 7. 1992 - IX ZR 174/91

= WM 1992, 1742

= NJW 1992, 3034

BGH v. 9. 7. 1992 - IX ZR 209/91

= DB 1992, 1925

= WM 1992, 1662

BGH v. 8. 10. 1992 - IX ZR 98/91

BGH v. 5. 11. 1992 - IX ZR 12/92

BGH v. 9. 11. 1992 - II ZR 141/91

BGH v. 25. 11. 1992 - VIII ZB 29/92

BGH v. 3. 12. 1992 - IX ZR 61/92

OLG Bamberg v. 25. 11. 1991 - 4 U 188/91

OLG Bremen v. 30. 7. 1991 - 3 U 45/91

= StR 1992, 78

OLG Celle v. 19. 12. 1990 - 3 U 111/89

= DSStR 1992, 159

OLG Celle v. 25. 3. 1991 - 6 U 41/91 n. rkr.

= RPKU 1.213/92

OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1991 - 5 U 256/90 rkr.

= RPKU 1.226/92

OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 - 18 U 170/91

OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 - 13 U 118/91

OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1991 - 13 U 135/91

OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 - 13 U 13/91

OLG Düsseldorf v. 14. 5. 1992 - 13 U 218/91

OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 - 13 U 24/91

OLG Düsseldorf v. 30. 7. 1992 - 13 U 258/91

OLG Düsseldorf v. 12. 11. 1992 - 18 U 160/92, rkr.

93, 108

93, 2

93, 44

93, 44

93, 44

93, 36

93, 62

93, 103

93, 106

93, 78

93, 44

93, 44

93, 21

93, 3

93, 78

93, 98

93, 90

93, 78

93, 79

93, 26

93, 2

93, 44

93, 78

93, 2

93, 29

93, 47

93, 50

93, 112

93, 52

93, 110

93, 45

93, 56

OLG Frankfurt v. 18. 3. 1992

= RPKU 1.184/92

OLG Hamm v. 13. 5. 1992 - 25 U 193/91

OLG Koblenz v. 7. 5. 1992 - 5 U 1014/91, rkr.

OLG Köln v. 23. 10. 1991 - 26 U 16/91

OLG München v. 20. 3. 1992 - 21 U 6235/91

= NJW-RR 1992, 1309

LG Essen v. 9. 4. 1992 - 43 O 26/92

= WP-Mitt. 1992, 143

LG Konstanz v. 20. 12. 1992 - I HO 36/91

= NJW 1992, 1241

= WP-Mitt. 1992, 140

BFH v. 28. 8. 1991 - I R 37/91

= DSStZ 1992, 254

Beschl. v. 16. 12. 1991 - 46-110 (91)

= WPK-Mitt. 1992, 132

SG Freiburg v. 16. 1. 1992 - S 9 Kg 1157/91, n. rkr.

= WPK-Mitteilungsblatt 1992, 192

FG Saarland v. 28. 7. 1991 - I K 185/91

93, 2

93, 35

93, 62

93, 36

93, 78

93, 44

93, 2

93, 2

93, 2

93, 44

93, 108